MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.


# Westfälische Tageszeitung

## Der Westfale

**Hauptgeschäftsstelle, Schriftleitung und Druckerei:** Bispinghof 12a. Fernruf 105 und 1426. Drahtanschrift: Tageszeitung, Münsterwestf. Berliner Schriftleitung: Berlin S. W. 61, Blücherstraße 7 II, Fernruf: Moritzplatz 4147.
**Westfälische Handelszeitung. Einzelnummer 25 Pf.**

**Monats-Bezugspreis:** Durch Boten frei in Haus gebracht oder durch die Post Mk. 5.—. — **Anzeigenpreis:** Ein Millimeter Höhe ein paltig im örtlichen Verkehr 40 Pfg., Bank-, behördliche und auswärtige Anzeigen 50 Pfg., Reklamen 250 Pfg. — Bei Platzvorschrift 10 Prozent Aufschlag. — Bei Konkursen oder gerichtlicher Eintreibung fällt Rabatt fort. — Erfüllungsort Münster i. W.

**Nr. 32** **Münster i. W. Mittwoch, den 2. Februar** **Jahrgang 1921**


# Unannehmbar!

**Berlin, 1. Februar.** (Eig. Drahtb.)

**Ein welthistorischer Tag ist zu Ende. Was er uns bringen wird, vermag niemand zu sagen. Die deutsche Regierung hat die Pariser Vorschläge abgelehnt. —**

Schon lange vor dem anberaumten Sitzungstermin umstanden einige hundert neugieriger Berliner und sich zufällig in der Reichshauptstadt aufhaltender Provinzler den großen Wallotbau am Königsplatz. Man gestikulierte nicht, es hatten sich keine erregten Gruppen gebildet, wie seinerzeit bei der Russeninterpellation, und die Leute machten der auf Innehaltung der Bannmeile wachenden Schutzpolizei keine Schwierigkeit. Schweigend und ernst sahen sie den heranrollenden Automobilen zu. . . . .

Die Tribünen brechen ob der Menschenmenge. Schon gestern abend waren die letzten Karten ausgegeben. Selbst die sonst mäßig respektierte Hofloge ist bis auf den letzten Platz besetzt. Unbekannte Gesichter. Die Damenwelt ist zahlreich vertreten. Zwei englische Journalisten unterhalten sich geräuschvoll, lachen vor der deutschen Pressetribüne und ihr Idiom klingt höhnend und beleidigend in die leisen Gespräche der deutschen Journalisten hinein. Wie an den großen Tagen des Parlaments hat auch diesmal ein Photograph seinen schwarzen Kasten auf die noch leere Rednertribüne, von der gleich der deutsche Außenminister einen Teil des deutschen Schicksals verkünden wird, gerichtet. Die preußische Regierung ist vollzählig versammelt. Es wimmelt von Geheimräten des Auswärtigen Amtes und höheren und mittleren Beamten der Regierung. Diese Herren konnten nicht alle im Saale Platz finden und stehen schon eine halbe Stunde vor Beginn der Sitzung aufeinandergepfercht bis in die Wandelhalle hinein. —

Noch um 4.50 Uhr sind die Sitze der Reichsregierung leer. Im Plenum bewegt sich ein halbes Dutzend Abgeordnete. Der Unabhängige Dr. Breitscheid promeniert seine lange Gestalt, die Hände tief in den Hosentaschen vergraben, in dem Zwischenraum, der die linke Sozialdemokratie von der rechten trennt. Er blickt sehr sorgenvoll drein. Um 4,30 Uhr tritt der Außenminister in den Saal. Die Abgeordneten strömen in das Plenum. Der Reichstag ist bis auf den letzten Platz besetzt. Schwer stützt unser Reichskanzler Fehrenbach sein Haupt in die rechte Hand. —

Der Außenminister der deutschen Republik spricht. Seine Stimme klingt zaghaft, nervös schnell, trotz der im Saal herrschenden Totenstille ist er manchmal schwer verständlich. Seine Haltung ist gebeugt, sein Redestrom unsicher, er wiederholt häufig die Anrede „Meine Damen und Herren". Entgegen seiner sonstigen Gewohnheit hält er sich zunächst ans Manuskript, um im Verlauf seiner Ausführungen aber frei zu sprechen. —

An unserem geistigen Auge zieht der ganze lange Zickzackweg vorbei, der zu den Pariser Beschlüssen führte. Die Genesis der neuen Kriegslist wird von dem Mann entwickelt, dessen Aufgabe es war, sie zu durchkreuzen, dessen schwache Kräfte aber dazu nicht hinreichten. Die Hände des Ministers zeugen von gewaltiger innerer Erregung: Manchmal umklammern sie krampfhaft die beiden Seiten des Rednerpults, mitunter stemmt er die eine fest in die Seite, dann spricht er mit übereinandergeschlagenen Armen, um schließlich die Hände wie in Verzweiflung und stummer Erregung auf dem Manuskript zu falten. . . . .

Wir haben Vorschläge gemacht. Man hat sie abgewiesen oder uns überhaupt keiner Antwort gewürdigt. Es ist ein faules Manöver der feindlichen Propaganda, wenn sie jetzt davon redet, sie hätte an den Seydourschen Plan fünf Bedingungen geknüpft. Das ist nicht wahr. Der französische Botschafter in Berlin wird von dem verantwortlichen Minister der deutschen Republik als Kronzeuge für das unwürdige und niederträchtige Verhalten der Ententediplomatie zitiert. Simons zerpflückt die heute nacht eingetroffene Note. Der Jurist tritt zum Vorschein: Die soeben noch gebeugte Gestalt am Rednerpult richtet sich auf. Simons' Stimme wird klarer, deutlicher, sicherer, und wie er jetzt anklagend der Welt und der Entente zu wissen tut, daß man kein Wort der Anerkennung für das gefunden habe, was Deutschland bereits geleistet hat, da ist er auf der Höhe der Situation. Durch das Fernglas sieht man sein leicht gerötetes Gesicht, das sich dunkler färbt, als die äußerste Linke höhnisch auflacht. Die deutschen Moskowiter haben den furchtbaren Ernst und die Tragik der Stunde nicht erfaßt. Sie lachen. . . . .

Der Minister zeigt die Lächerlichkeit der unerhörten Milliardenforderungen. Da ist er in seinem Gebiet. Die leichte, kaum vernehmbare Ironie in seinen Ausführungen mutet gut an, und wie er jetzt im Einzelnen beweist, daß die Ententeforderungen in jeder Hinsicht der Rechtsgrundlage entbehren und dem Versailler Vertrag widersprechen, da tönt ihm aus dem Reichstag ein einstimmiges „Bravo" entgegen. Die äußerste Linke wagt nicht dagegen zu protestieren. „Wir haben Milliardenwerte an Frankreich abgeliefert. Frankreich hat sie verschleudert, ohne eine Mauer aufzubauen!" Der Reichstag tobt vor Entrüstung. „Das deutsche Volk soll in wirtschaftliche Versklavung geschlagen werden." Dröhnend und schmetternd kommen diese Worte aus dem Munde des Ministers heraus. Sie finden im Reichstag und auf der Tribüne hundertfältiges Echo, und dann kommt etwas, was man aus dem Munde des Ministers kau merwartet hätte: Die klare Erkenntnis und das furchtlose Aussprechen des Zieles, das sich die Entente bei der Formulierung dieser Forderungen gesteckt hat: „Ich weiß nicht, ob man mit diesen Bedingungen nicht die Erdrosselung der deutschen Industrie beabsichtigt?" Aehnlich hatte sich Bismarck ausgedrückt; er hatte gesagt, um Englands Freundschaft zu erwerben, müsse man die deutsche Industrie totschlagen. Laute Bravorufe, die sich eine Minute lang fortsetzen, beweisen dem Minister, daß er der übergroßen Mehrheit der Abgeordneten aus dem Herzen gesprochen hat.

Simons geht heran an die Besprechung der sogenannten „Sanktionen". Bis dahin war die Stimmung des Hauses, abgesehen von dem Benehmen der Moskowiter, gut. Jetzt schreit jemand von der äußersten Linken in den Saal herein, was die Entente heute tue, sei nichts anderes alsein e Verwirklichung des deutsch-nationalen Annektionsprogramms von 1914. — Der Reichstag tobt. Dem Minister bleibt das Wort in der Kehle stecken. Er beschwört das Haus, in dieser Stunde doch die Stimmung nicht zu zerstören und sich von ihrer ungeheuren Tragweite durchdringen zu lassen. Umsonst: die Moskau mit Haut und Haaren Verschriebenen lassen jetzt nicht mehr locker. Sie, die sich sonst als schlimmste Feinde der Entente gebärden, werfen sich hier zu ihrem Anwalt auf. Die Herren können sich bei den nächsten Wahlen die Quittung für dieses schamlose Benehmen holen; wenn nur ein Funke von Ehrgefühl im deutschen Volke steckt, dann wird es diese Sippe zum Teufel jagen.

**Jetzt kommt das Entscheidende. „Ich habe den Auftrag, zu erklären, daß das Arrangement, wie es in der Ententenote vorliegt, von uns als eine mögliche Grundlage für weitere Verhandlungen nicht angesehen werden kann!"**

Nun ist es heraus. Der Alt weicht! Das erste entscheidende „Nein", der erste Anfang zur Tat! Eine Sekunde lang herrscht Totenstille, dann bricht der Sturm los, der dem Außenminister und der Regierung sagt, daß die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes hinter ihr steht.

„Wir werden Gegenvorschläge machen. Im Falle eines Diktats soll sich die Entente nur sagen, daß der Deutsche als Sklave nicht so arbeiten wird wie als freier Mann. Die Entente hat den Boden des Friedensvertrages verlassen. — Wir werden uns diese Tatsache zunutze machen.

Der Akt ist zu Ende. Das Haus soll vertagt werden.

Da meldet sich unter lebhaften Mißstimmungsrufen Adolf Hoffmann zum Wort! Er spricht im Namen der Vereinigten kommunistischen Parteien. Präsident Löbe wird nervös. Es gelingt ihm nicht, Hoffmann zum Schweigen zu bringen, als dieser vom deutschen Imperalismus anfängt. Hunderte von Pfuirufen werden dem Anwalt Trotzkis entgegengeschleudert. Stürmische Schlußrufe ertönen, aber Adolf Hoffmann spricht zu Ende. Dann noch einige Bemerkungen Müllers, Schiffers und Ledebours. Das Haus vertagt sich.

In den Wandelgängen wird über die neugeschaffene Lage diskutiert. Die Parlamentarier, von Freunden und Journalisten umlagert, sollen sich dahin aussprechen, was nunmehr wird. Unter anderem, was nicht hierher gehört, erfahre ich von einem Abgeordneten der Deutschen Volkspartei, daß die Versuche zur Verbreiterung der Regierungsmehrheit noch nicht endgültig gescheitert wären, wie das „Achtuhr-Abendblatt" meldet, sondern daß nach wie vor, wenn auch unter im Verhältnis zu gestern ungünstigeren Bedingungen daran weitergearbeitet wird.

Der bekannte Völkerrechtsgelehrte, Professor Schücking, erklärt mir auf Befragen, daß bei den Beschlüssen in Paris kein einziger Völkerrechtsgelehrter der Entente hinzugezogen worden sei. Dieser Umstand muß festgehalten werden. Er wird der späteren Geschichtsschreibung einen wichtigen Punkt zur Beurteilung des von der Entente angewendten Gewaltssystems geben. — Ueber die Gegenvorschläge der Regierung ist noch nichts Genaueres zu erfahren. Jemand, der es wissen muß, rückt aber schließlich damit heraus, daß sie sich unter elastischer Anlehnung an den Versailler Vertrag bilden würden.

Dunkel ist der Rede Sinn, dunkel, dunkler als je liegt des deutschen Volkes Zukunft da. Die nächsten Stunden werden darüber entscheiden, ob die heute im Reichstag zutage getretene Einigkeit (die paar Russen zählen nicht mit) im deutschen Volke ungeteilten Widerhall finden wird. Ist das der Fall, dann blicken wir todernst, aber unverzagt der Zukunft entgegen.

Die Gruppen in der Wandelhalle lösen sich auf. Die elektrischen Lampen verlöschen. Nur eine Ampel wirft ein schwaches Licht auf die gewaltige Marmorgestalt des Heldenkaisers Wilhelm I. Sein Schatten zeichnet sich riesengroß auf dem roten Teppich ab . . . .

A. A.

## Der Wortlaut der „Vereinbarungen"

Die gleichzeitig mit der militärischen Note übergebenen Vereinbarungen zwischen den alliierten Mächten zur Regelung gewisser Fragen hinsichtlich der Ausführung des Friedensvertrages von Versailles haben folgenden Wortlaut:

Artikel 1.

Um die Verpflichtungen, welche die Artikel 271 und 232 des Friedensvertrages von Versailles Deutschland auferlegt haben, zu erfüllen, hat Deutschland außer den Sachleistungen, welche es gemäß Artikel 238 zu bewirken hat und außer allen anderen Verpflichtungen des Friedensvertrages zu zahlen:

1. Feste Annuitäten, je zur Hälfte am Ende jedes Halbjahres zahlbar und wie folgt bestimmt:

a) Zwei Annuitäten von zwei Milliarden Goldmark für die Zeit vom 1. Mai 1921 bis 1. Mai 1923,

b) Drei Annuitäten von drei Milliarden Goldmark für die Zeit vom 1. Mai 1923 bis 1. Mai 1926,

c) Zwei Annuitäten von vier Milliarden Goldmark vom 1. Mai 1926 bis 1. Mai 1929,

d) Zwei Annuitäten von fünf Milliarden Goldmark vom 1. Mai 1929 bis 1. Mai 1931,

e) 31 Annuitäten von sechs Milliarden Goldmark für die Zeit vom 1. Mai 1932 bis 1. Mai 1963.

2. 42 Annuitäten, die vom 1. Mai 1921 zu laufen beginnen, je 12 Prozent der Werte der deutschen Ausfuhr gleichkommen und die von dem Ertrage dieser Ausfuhr vorweg erhoben werden und in Gold zwei Monate nach Ablauf jedes Halbjahres zahlbar sind.

Um die volle Ausführung vorstehender Bestimmungen zu Punkt 2 sicherzustellen, wird Deutschland der Reparationskommission alle Erleichterungen gewähren, um den Betrag der deutschen Ausfuhr festzustellen und die hierfür notwendigen Ueberwachungseinrichtungen.

Artikel 2.

Die deutsche Regierung wird der Reparationskommission auf den Inhaber lautende Bons ausstellen, die nach dem Artikel 1 Absatz 1 der vorstehenden Vereinbarung vorgesehenen Fälligkeitszahlungen zahlbar sind und deren Betrag je den Halbjahresbeiträgen, die in Anwendung des genannten Paragraphen zu zahlen sind, gleichkommen sollen. Der Reparationskommission werden Anweisungen erteilt werden, von denjenigen Mächten, die es wünschen, die Begebbarkeit des ihnen nach den zwischen ihnen getroffenen Vereinbarungen zukommenden Anteils zu erleichtern.

Artikel 3.

Deutschland kann den im voraus bestimmten Teil seiner festen Schuld im voraus zahlen. Die Vorausbezahlungen, die es leisten wird, werden dazu verwandt werden, die ersten Annuitäten, sowie sie nach Artikel 1 Absatz 1 zu zahlen sind, zu erleichtern. Diese Annuitäten werden zu diesem Zwecke bis 1. Mai 1923 mit 8, vom 1. Mai 1923 bis 1. Mai 1925 mit 6 und vom 1. Mai 1925 an mit 5 Prozent diskontiert werden.

Artikel 4.

**Deutschland wird weder mittelbar noch unmittelbar irgendwelche Kreditoperationen außerhalb seines Gebietes ohne Zustimmung der Reparationskommission unternehmen. Diese Bestimmungen finden auf die Reichsregierung und die Regierungen der deutschen Länder, auf die Provinzen oder die Gemeindebehörden und auch auf diejenigen Gesellschaften oder Unternehmungen, die von der deutschen Regierung oder den deutschen Behörden überwacht werden, Anwendung.**

Artikel 5.

**In Anwendung des Artikels 248 des Friedensvertrages von Versailles haben alle Güter und Einnahmequellen des Reiches und der Länder die Sicherheit zu einer restlosen Ausführung in den gegenwärtigen Vereinbarungen getroffenen Bestimmungen durch Deutschland zu geben. Der Ertrag der deutschen See- und Landeszölle einschließlich des Ertrages der Ein- und Ausfuhrabgaben bilden ein neues Pfand für die Durchführung der gegenwärtigen Vereinbarungen. Keine Aenderung in der Zollgesetzgebung oder in den Zollverwaltungsbestimmungen Deutschlands, die geeignet sind, den Ertrag der Zölle zu vermindern, darf ohne Zustimmung der Reparationskommission vorgenommen werden. Die Gesamtheit der deutschen Zolleinnahmen wird für Rechnung der deutschen Regierung durch einen Generalzolleinnehmer für die deutschen Zölle vereinnahmt werden, der von der deutschen Regierung mit Zustimmung der Reparationskommission ernannt werden wird.**

Falls Deutschland eine der in der gegenwärtigen Vereinbarung vorgesehenen Zahlungen unterlassen sollte, kann

1. die Gesamtheit oder ein Teil des Ertrages der deutschen Zölle in der Hand des Generaleinnehmers für die deutschen Zölle durch die Reparationskommission beschlagnahmt oder von ihr zur Erfüllung derjenigen Verpflichtungen verwandt werden, die Deutschland zu erfüllen unterlassen hat. In diesem Falle kann die Reparationskommission, wenn sie es für nötig hält, die Verwaltung und Vereinnahmung der Zölle selbst übernehmen.

2. Die Reparationskommission kann die Regierung auffordern, die Tarife zu erhöhen oder zur Vermehrung ihrer Einnahmequellen andere von dieser Kommission für unumgänglich erachtete Maßnahmen zu treffen. Wenn diese Aufforderung ohne Erfolg bleiben sollte, so kann die Reparationskommission die Tatsache der Nichterfüllung der Vereinbarung förmlich feststellen und diese Sachlage den Regierung der Alliierten und assoziierten Mächte anzeigen, die dann die von ihr für gerechtfertigt erachteten Maßnahmen ergreifen wird.

Geschehen in Paris am 29. Januar 1921.

Gezeichnet:

Jaspar, Briand, Lloyd George, Sforza und Ishii.

## Der Jubel der französischen Presse

* **Paris, 1. Februar.** (Eig. Drahtbericht.)

Der „Temps" findet die deutsche Entrüstung ganz ungerechtfertigt. Die deutsche Regierung habe seit 6 Wochen sämtliche Gelegenheiten versäumt (!), ihren aufrichtigen und versöhnlichen Sinn zu beweisen. Wie hat Deutschland auf das französische Projekt der fünf Jahreszahlungen geantwortet? Der bekannte Geheimrat in der Wilhelmstraße, der auf den klugen Gedanken gekommen war, Oberschlesien als Kompensation für das Entgegenkommen der Verbündeten zu verlangen, hätte sich sagen müssen, daß dieser Versuch, über die fünf Jahreszahlungen herumzukommen, die Franzosen dazu zwingt, sich mit den Engländern zu verständigen, um nun den Deutschen statt der fünf gleich 42 Zahlungen aufzuerlegen. Die deutschen Proteste erscheinen dem „Temps" aber auch aus anderen Gründen absurd. Die Zahlungsbedingungen sind so leicht wie möglich für Deutschland (?!), vorausgesetzt, daß Deutschland sich bemüht, die Vorbezahlungen zu leisten. Durch die in diesem Fall zugestandenen Abzüge ließe sich die Schuldsumme stark verringern.

In den Morgenblättern werden überall die heftigen Proteste der deutschen Zeitungen zurückgewiesen. Im „Matin" greift Poincare unter dem Titel „Armes Deutschland" zunächst die deutschen Zeitungen an, die in den Vorgängen der letzten Ministerkrise ein Zugeständnis an die „französischen Ansprüche" Deutschlands sehen wollten. Es wäre falsch, aus gewissen Artikeln der französischen Presse zu schließen, daß Frankreich die mildere Tonart vorgezogen und die schärfere zurückgewiesen hätte. Poincare versucht dabei aufs neue nachzuweisen, daß Frankreich keine Eroberungsabsichten hätte, und nichts anderes begehrte als sein Recht. Mit vielen Zitaten aus deutschen Schriften und aus zahlreichen Zeitungen wird dann dargetan, daß Deutschland durchaus kein armes Deutschland sei, das die ihm auferlegten Verpflichtungen ausführen könne und müsse. Auch Viviani feiert im „Petit Journal" die Einigkeit, die Frankreich mit den anderen Alliierten aufs neue verbindet. Auch „Aere Nouvelle" wendet sich gegen die deutschen Proteste: Die unversöhnliche Haltung, die seit zwei Jahren die deutschen Minister gezeigt haben, und die noch vor einigen Tagen in einer hochnäsigen Note des Kabinetts Fehrenbach-Simons zum Ausdruck kam, hat noch mehr als die Geschicklichkeit Briands dazu beigetragen, die Einigkeit der Alliierten herzustellen.

Nicht nur die Einigkeit der Alliierten, auch die Einigkeit der französischen Presse ist wiederhergestellt. Vergessen, was Deutschland bisher geleistet hat, vergessen, daß der gute Wille zur Erfüllung der Verpflichtungen von Spa und Brüssel auch in der französischen Presse anerkannt wurde, vergessen sind die Versuche für eine gemeinsame Arbeit zum besten des Friedens der Welt zu wirken. Nur die Rache der Sieger über die Besiegten ist geblieben und verlangt unbeugsam ihr Recht. Briand wird am Donnerstag in der Kammer eine Regierungserklärung über die Konferenz von Brüssel verlesen.

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

# Der Syndikalismus und seine Taktik

Der syndikalistische Führer Rocker hielt vor kurzem in der Stadthalle in Hamborn einen Vortrag über das Wesen des Syndikalismus, der im nachstehenden auszugsweise wiedergegeben sei als Beitrag zur Klärung des Begriffes „Syndikalismus", von dem viele reden, ohne genau zu wissen, was er eigentlich darstellt:

„Knechtschaft und Ausbeutung werden aufrechterhalten durch den Staat. Sollen Knechtschaft und Ausbeutung aus der Welt verschwinden, so kann das nur geschehen, indem das Fundament des Ausbeutungssystems, also der Staat, vernichtet wird. Nach gründlicher Zertrümmerung des Staates wird jede Art von Ausbeutung und Unterdrückung unmöglich sein. Es gibt nur ein Mittel, dem Staat und damit auch dem Ausbeutungssystem ein Ende zu bereiten. Dieses eine Mittel ist die soziale Revolution. Der Beginn der sozialen Revolution ist zugleich der Beginn des herrschaftslosen Sozialismus. Die soziale Revolution ist der höchste Ausdruck des Kampfes der ausgebeuteten Menschheit gegen den Staat. Wann wird sie kommen? Kein Mensch kann darüber etwas mit Bestimmtheit sagen. Ihr schneller und entscheidender Sieg wird bedingt durch das Maß von Kampfkraft und Klarheit, mit der die Ausgebeuteten an die Aufgabe der Vernichtung des Staates herantreten und diese durchführen. Hierbei gilt es, einen wichtigen Punkt zu beachten. Die wuchtigsten und wirksamsten Schläge lassen sich gegen den Staat überall dort führen, wo dieser nicht in der Lage ist, seine Position mit bewaffneter Macht zu schützen, d. h. dort, wo dem revoltierenden Proletariat keine größeren Militär- und bewaffneten Bürgerformationen gegenüberstehen. Wie die Sache vor sich geht, soll ein Beispiel zeigen.

Ich lebe zurzeit in einer schlesischen Kleinstadt mit 12 000 Einwohnern. Sie hat einige Fabriken, ein Rathaus, ein Amtsgericht, ein Postamt, eine Druckerei und 2 Banken. Wir sind 30 Syndikalisten am Orte, doch würden schon 10 Genossen für die Durchführung der in Frage stehenden Aufgaben genügen. Die Polizei ist 15 Mann stark, wird aber in revolutionären Situationen von dem bewaffneten Teil des Bürgertums unterstützt. Ist das Proletariat einmal in Aktion getreten, so haben wir Syndikalisten unverzüglich die Polizei zu entwaffnen und die Wohnungen des Bürgertums zu besetzen; verdächtige Bourgeois werden bewacht. Dann begibt sich je ein Syndikalist mit einem Dutzend Arbeitern nach dem Rathaus, dem Amtsgericht und dem Postamt. Dort werden sämtliche Grund- und Rechnungsbücher, Registraturmappen, Akten usw. zum Fenster hinaus auf einen lustig flackernden Scheiterhaufen geworfen. Das gleiche wird auf den Banken geschehen, mit allen Rechnungsbüchern, Konsols, Quittungen und — mit allem Papiergeld, dessen wir habhaft werden können. Der verstockteste Bourgeois, der ein solches Autodafé sieht, wird seine letzten Hoffnungen begraben. Diese Scheiterhaufengeschichte wird in wenigen Stunden erledigt sein, desgleichen die gründliche Unbrauchbarmachung des Telegraphen- und Telephonwesens. Zur gleichen Zeit werden die Syndikalisten auch dafür sorgen, daß von den Lokomotiven wichtige Maschinenteile abgenommen und an einem sicheren Ort versteckt werden. Weiterhin müssen die Syndikalisten schon in der ersten Stunde der Verwirrung die Druckmaschinen unbrauchbar machen; denn wenn keine einzige Zeile im Verlauf der sozialen Revolution gedruckt wird, dann hat das ausgebeutete Volk seine Freiheit fest und sicher in Händen.

Die Aufgaben, die in der Kleinstadt durchgeführt sind, können in den mittleren und größeren Städten ebenfalls erledigt werden. Da werden dann auch Fälle eintreten, wo wir zum Waffenkampf gezwungen sind. Der Waffenkampf spielt aber die unwichtigste Rolle in der sozialen Revolution; die Hauptwaffe der Ausgebeuteten ist und bleibt die gründlich durchgeführte Sabotage-Aktion, sie ist das wirkliche Mittel, die Reaktion in kurzer Zeit niederzurennen. Wir haben gesiegt, wenn wir in den ersten Stunden den großen Sabotageakt am Telephon, Telegraph, Verkehrs- und Druckmaschinen restlos durchgeführt haben, sind die konterrevolutionären Kräfte durch Zertrümmerung des Staatsapparates ohne jegliche zentrale Leitung, dann hat das Volk leichtes Spiel." —

Da sind mit aller nur wünschenswerter Klarheit die edlen Absichten der Syndikalisten einmal geschildert. Sabotage, lustig flackernde Scheiterhaufen, Kampf mit der Waffe Vernichtung des Staates — ein artiges Programm! Das nennt man dann Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes.

## Die Zellenbauer in den Gewerkschaften

j. **Halle, 1. Februar.**

Am Sonntag fand hier eine Konferenz der Opposition der Bauarbeiter im Deutschen Bauarbeiterverband statt, an der auch Vertreter anderer Verbände der Bauindustrie teilnahmen. Außerdem nahm ein Vertreter der Moskauer Gewerkschaftsinternationale an der Konferenz teil. Man nahm Stellung zu der Ausschließung der Kommunisten aus dem Deutschen Bauarbeiterverband und zu den Maßnahmen zur Abwehr der Spaltung innerhalb der Gewerkschaften. Es wurde in den verschiedenen Referaten zum Ausdruck gebracht, daß das Ziel der Kommunisten die Eroberung der Gewerkschaften sein müsse, um sie zu revolutionären Kampforganisationen auszubauen. Für den Weltkongreß der roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau wurde ein Vertreter gewählt. — Die Gewerkschaften werden den Kommunisten für ihr offenes Wort danken und vor ihnen und ihren Moskauer Segnungen nunmehr doppelt auf der Hut sein.

## Wie es in einer rot regierten Stadt zugeht

**Berlin, 1. Februar. (Eig. Drahtber.)**

Seit langem weiß man in Berlin, daß im Osthafen in großzügigster Weise gestohlen wird. Es sind offenbar ganze Organisationen am Werke, sich fremdes Eigentum anzueignen, wobei auf einen Schlag 100 Sack Nudeln, einige 1000 kg Karbid, 12 500 kg Kohlen usw. verschwinden. Aus einer deutschnationalen Anfrage an den Berliner Magistrat kann man Rückschlüsse auf die Zustände schließen, die im Osthafen, anscheinend unter liebevoller Begünstigung des Betriebsrates eingerissen sind. Diese Anfrage ist so bemerkenswert und zeigt so wesentlich, wohin man bei der sozialistischen Herrschaft gerät, daß sie weit über die Reichshauptstadt hinaus lebhaftes Interesse finden wird. Sie lautet:

1. Wie groß sind die Verluste der städtischen Verwaltung aus den Diebstählen an kommunalem Eigentum, wie Kohlen, Holz, Lebensmittel usw. im städtischen Osthafen?

2. Ist es wahr, daß die Verwaltung, die von ihr festgestellten Diebstähle nicht bei der Staatsanwaltschaft anzeigt, sondern bei der Hafendirektion und dann diese die überführten Diebe nicht entläßt, sondern nur 2—10 Tage aussperrt und sie dann auf ihren alten Plätzen wieder einstellt? Hat die Hafenverwaltung die Anordnung getroffen, daß die Polizeibeamten jede Revision und Prüfung vorher bei dem Betriebsrat anzumelden haben?

3. Ist es wahr, daß die Hafenverwaltung neuerdings den 400 dort beschäftigten Arbeitern gestattet hat, täglich unentgeltlich bis zu 25 Pfund Holz oder Kohlen für ihren persönlichen Bedarf mitzunehmen? Und aus welcher Verwaltung bzw. Kasse werden die Kosten für diese monatlich 3000 Zentner Holz und Kohlen gedeckt?

4. Ist es wahr, daß dem Stadtrat Schüling, dem Dezernenten für die Berliner Häfen in einer Versammlung der Hafenarbeiter bedeutet worden ist, daß er auch als Stadtrat nicht das Recht habe, unvermutet die Betriebe zu besichtigen, sondern daß er eine etwaige Absicht dem Betriebsrat vorher anzumelden habe? Wie verhält sich Herr Stadtrat Schüling gegenüber dieser Forderung?

### „Vergiftete Weine"

**Köln, 1. Februar.**

Die hiesige britische Armeezeitung „Cologne Post" bezichtigte die Wirte Kölns der systematischen Herstellung giftiger Weine, die eigens zum Ausschank an britischen Truppen bestimmt seien. Die Verdächtigungen der „Cologne Post" stützen sich auf die Analyse der Weine einer hiesigen Wirtschaft, in denen ein britischer Chemiker 2 v. H. Amylalkohol gefunden haben will. Auf Anzeige der Besatzungsbehörden ließ die deutsche Polizei der betreffenden Wirtschaft sofort Probeflaschen entnehmen. Die Untersuchung des Nahrungsmittelamtes ergab die einwandfreie Beschaffenheit der Weine, so daß selbst der britische Beamte die Verschiedenheit der beiden Analysen als Rätsel bezeichnen mußte.

* * *

## Waffenfund in Barmen

Nach dem „Bürger-Vorwärts" sind gestern von der Barmer Kriminalpolizei unter Führung von Offizieren des Wehrkreises, die auf Anordnung der Regierung am Montag ins Wuppertal kamen, in einem Hause in der Bocksledersstraße 6 Gewehre und Karabiner, 20 scharfe Eierhandgranaten, sehr viel Munition, etwa 50 Sprengkapseln usw. gefunden, beschlagnahmt und abtransportiert worden. Eine Verhaftung wurde vorgenommen. Die Waffen sind Eigentum der roten Kampforganisation.

## Zum Streik in Leverkusen

Unverantwortliches, gewissenloses Hetzen hat wieder einmal großes Unheil angerichtet. Die völlig gesetzmäßig erfolgte Entlassung eines einzigen Arbeiters in den Farbenfabriken in Leverkusen nahm die Arbeiterschaft zum Anlaß, einen Streik von ungeheurer Ausdehnung vom Zaun zu brechen. Es liegt ein glatter Tarifbruch vor. Die Verweigerung der von dem entlassenen Arbeiter tarifwidrig erhobenen Forderung, gemachte Ueberstunden von der regelmäßigen Arbeitszeit anderer Arbeitstage abzuziehen (abzufeiern), wurde von der Arbeiterschaft zu einer „Durchbrechung des Achtstundentages" gestempelt. Man verlangte gegen alle getroffenen Vereinbarungen, gegen den Reichstarif, gegen die Entscheidung der tariflichen Instanzen und trotz der technischen Unmöglichkeit der Durchlöcherung des Rechts, gemachte Ueberstunden an einem anderen Tage abzufeiern, mithin restlose Durchführung der 48-Stundenwoche statt des gesetzlichen 8-Stundentages, trotzdem über die normale Arbeitszeit hinaus Ueberstunden von Gesetz und Tarif in besonderen Fällen als zulässig ausdrücklich anerkannt sind.

So liegen also seit Samstag, 29. d. M., mittags, die Riesenwerke in Leverkusen still. Auch die Schwefelsäurefabrikation, die Grundlage der ganzen chemischen Produktion, ist gewaltsam unterbrochen. Die Oefenkette in diesen Oleumbetrieben ist erkaltet. Monate wird es dauern, sie wieder in Gang zu bringen. Versuche der Ingenieure, sie in Betrieb zu halten, wurde gewaltsam vereitelt, die wenigen dort noch tätig gewesenen Techniker und Beamten mußten einen Tag nach Streikbeginn ihre verlorenen Posten aufgeben. Wie man hier die Produktion an ihrem Lebensnerv traf, so machet die Streikwut auch nicht vor den direkt lebenswichtigen Betrieben Halt: trotz des strikten Befehls der englischen Besatzungsbehörde, sie unverändert aufrechtzuerhalten, verließen die Arbeiter auch diese Betriebe. Gas-, Wasser- und Elektrizitätserzeugung konnten auch von den alle Mühe aufwendenden Beamten infolge dauernder Bedrohung nicht aufrechterhalten werden. Erst Verhandlungen mit der Streikleitung in später Nacht ergaben wenigstens eine vorläufige Sicherstellung der Arbeit in dem Wasserwerk. Streikposten besetzten alle Werkseingänge, Arbeiteransammlungen wurden mit politischen Schlagworten aufgestachert, die Vernünftigen durch Terror unterdrückt. Mahnungen zur Besonnenheit verhallten, der wilde Streik zeigte immer mehr seine politische Tendenz. Auch drangen Personen unbefugt durch Uebersteigen der Zäune in die verlassenen Werke ein. — Zurzeit ist die Lage unverändert. Die Werke liegen still, die durch ihre Führer irregeleitete Arbeiterschaft steht vor der selbstverschuldeten Not; sie in ihrer Gesamtheit wieder einzustellen, ist durch die Stillegung der Oleumfabriken, als der Produktionsgrundlage, eine Unmöglichkeit. Die ständig auf die Tragweite ihres Vorgehens aufmerksam gemachten Arbeiter und ihre Führer haben die Folgen ihres Handelns selbst zu verantworten. Die Arbeitslosigkeit für Tausende ist das Ergebnis dieses unsinnigen Willküraktes.

Seit Monaten sind die freien Gewerkschaften in Wiesdorf-Leverkusen und Opladen durchsetzt von syndikalistischen Elementen; sie haben jetzt die Führerschaft an sich gerissen. Die christlichen Gewerkschaften und die freien Gewerkschaften des weiteren Umkreises, besonders auch in Köln, verurteilen scharf die ganze Bewegung als eine kommunistisch-syndikalistische Mache. Die Zentrale der freien Gewerkschaften versagt der Bewegung jede Unterstützung. Alle Gewerkschaften der Angestellten haben ebenfalls ihre Mitwirkung glatt abgelehnt. Das Ziel der Streikhetzer ist also in letzter Linie der Sturz des Gewerkschaftsprinzips und der Arbeitsgemeinschaft.

---

# Oberschlesien

## Neuer Waffenfund

j. **Beuthen, 1. Februar.**

Wie von interalliierter Seite mitgeteilt wird, wurde am Sonntag abend auf dem Beuthener Bahnhof ein riesiger Waffenvorrat beschlagnahmt, der nach Beuthen bahnlagernd gesandt worden war. In den angeblichen Marmelade- und Seifenfässern befanden sich Kisten mit Waffen und Munition. Die Vorräte bestanden aus 8 Maschinengewehren, 460 Infanteriegewehren, 100 000 Infanteriegeschossen, 2500 Handgranaten und 360 Bomben mit giftigen Gasen. „Wer für den Transport verantwortlich zu machen ist, steht noch nicht fest" sagt die Kommission, die sich aber wohl im Grunde ihres Herzens über die Herkunft und Zweck der Waffen keinen Zweifel hingeben wird.

**Die Unterbringung der Abstimmenden aus dem Reich.**

tu. **Dresden, 31. Januar.**

Um während der Dauer der Abstimmung in Oberschlesien für die Stimmberechtigten das nötige Unterkommen freizumachen, werden in Freiberg Stadt und Land, auf die Zeit von vier Wochen 1200 oberschlesische Kinder in Pflege genommen.

---

# Vermischtes

### Englisch-russische Scheinehen

Die Scheinehe, die sonst nur im Hintertreppen-Roman eine große Rolle spielt, ist jetzt in Rußland Mode geworden. Die russischen Aristokratinnen haben aber einen sehr guten Grund, zur Eingehung solcher Ehen, denn es gelingt ihnen dadurch, den Bolschewisten zu entrinnen, deren Herrschaft sie am meisten fürchten. Es sind vielfach Engländer, die sich zu solchen Scheinehen bereit erklären, um dadurch die auf kurze Zeit Angetraute zur englischen Untertanin zu machen und ihr die Ausreiseerlaubnis aus Rußland zu erwirken. Doch auch Angehörige anderer Nationen erbarmen sich der in Sowjet-Rußland schmachtenden Damen. Von diesen Scheinehen plaudert der englische Captaine Francis Modullagh in einem Londoner Blatt: „Und da habe ich eben den Schweden geheiratet!" Diese gleichgültige Bemerkung hörte ich kürzlich in einem Stockholmer Hotel. Die Sprecherin war eine junge russische Dame, die in einer Gesellschaft eleganter Diplomaten und ihren Frauen ihren Tee schlürfte. Die Bemerkung klang erstaunlich, denn die Schöne sprach von ihrer Ehe wie von einer nebensächlichen Sache, aber es war auch nur ein ganz formelles Ereignis, um Rußland als Ausländerin verlassen zu dürfen, hatte sie eine Scheinehe mit einem schwedischen Diplomaten geschlossen, der Rußland verließ, und den sie auf diese Weise begleiten durfte. Die Trauung vor dem Kommissar in Moskau kostete sie nur eine Kleinigkeit und die Scheidung in Finnland ging ebenso billig und schmerzlos vonstatten, so daß diese doppelte Erfahrung für sie weder mit den Kosten, noch mit den Aufregungen verknüpft war, die sonst derartige Dinge mit sich bringen. Als ich selbst die Grenze überschritt, waren verschiedene meiner Gefährten mit russischen Damen „verheiratet". Eine dieser „jungen Frauen", eine Aristokratin von sechzig Jahren, hatte sich zum „Garten" einen blutjungen Engländer erkoren, von dem sie sich in dem Augenblick trennte, in dem beide die Quarantäne-Station verließen. Eine andere Russin, eine alte Jungfer, nicht mehr in der Blüte der Jahre, verliebte sich in ihren Zeitgatten bis über die Ohren und weigerte sich leidenschaftlich, sich wieder von ihm zu trennen. „Niemals bisher ist es mir geglückt, einen Mann zu bekommen," jammerte sie, „und nun, da ich einen so reizenden jungen Menschen geheiratet habe, soll das nur geschehen sein, damit ich ihn wieder freigeben muß!" Der Engländer konnte sich von seiner Scheingattin nur dadurch befreien, daß er ihr bewies, daß er schon verheiratet war.

---

# Letzte Meldungen

## Wie Lloyd George umfiel

**Berlin, 1. Februar.**

Dem Berliner Tageblatt wird aus Brüssel gemeldet: Es ist für die Bedeutung der Beschlüsse vom 29. Januar wichtig, keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß die Morgensitzung am Donnerstag, die auf Doumers Rede vom Mittwoch folgte, der kritische Moment der Konferenz war. Als Doumer am Mittwoch seine Rede beendet hatte, glaubten die fremden Delegationen es handle sich um eine persönliche Ansicht Doumers. Briand sagte einige vermittelnde Worte. Lloyd George war enttäuscht. Am nächsten Morgen erwiderte Lloyd George ausführlich, aber die Havasnote darüber unterschlug seine Drohung, abzureisen, sie unterschlug auch Briands plötzliche Entschiedenheit. Er stellte sich hinter Doumer, drohte mit Rücktritt und Auflösung der Kammer. Als weiterentwicklung erschien damit die Spaltung der Allianz, die Aufhebung des bisherigen Systems der Spaltung Europas in Sieger und Besiegte. Die Franzosen machten, indem sie Doumer vorschickten eine große Frage der europäischen Politik zum eigentlichen Schwerpunkt der Situation. Die Wiedergutmachung war von jetzt ab nur Mittel zum Zweck. Reiste Lloyd George ab, so nahm er in den Augen der Welt die Verantwortung für den Kollaps seiner allereigensten Politik auf sich. Lloyd George sah sich umstellt. Einige Widerstandsversuche, z. B. statt 42 32 Jahresraten einzuführen, beleuchteten nur seine Hilflosigkeit. Die Entschlossenheit der Franzosen siegte auf der ganzen Linie bis in die „Sanktionen" hinein. So und nicht anders sieht man die Situation in England und in Frankreich in diesem Augenblicke an.

In England — und Amerika sind deutliche Zeichen des Grauens über die Länge der Zeit, in der dieses Abkommen eine Rolle spielen soll, bemerkbar. Es wäre ein großer Fehler, zu glauben, daß hinter dem Pariser Protokoll die staatsmännische Vernunft der Alliierten arbeite. London soll in der Tat nur die Aufgabe haben, in irgend einer Form eine Willenserklärung Deutschlands herbeizuführen, die das Protokoll in Wirkung setzen kann. (Die letztere Vermutung des Brüsseler Korrespondenten des „Berliner Tageblattes", scheint bestimmt zu sein, einer Politik deutscher Unterwerflichkeit die Wege zu ebnen.)

## Unsere falsche Ernährungspolitik

**Halle, 1. Februar.** (Eig. Drahtber.)

In seinem Festvortrag bei der Feier des 25jährigen Bestehens der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen in Halle, der ältesten Landwirtschaftskammer Deutschlands, erklärte Prof. Dade-Berlin, daß wir in absehbarer Zeit nicht daran denken können, den eng geschnallten Riemen zu lösen. Unsere Landwirtschaft versorgte uns vor dem Kriege zu vier Fünftel, heute nur zu einem Drittel dank falscher Produktionspolitik. Nur eine völlig veränderte politische Konstellation in der Welt könne Deutschland retten.

## Bergmann zurückberufen

**Berlin, 31. Januar.** (Eig Drahtber.)

Staatssekretär Bergmann, der als deutscher Delegierter nach Paris entsandt worden ist, um über den Seydouxschen Plan zu verhandeln, ist zur Berichterstattung nach Berlin berufen worden. Er hatte vor dem Beginn der Pariser Konferenz mehrere Besprechungen mit Briand gehabt.

MFA Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.

## Die Entwaffnungsfristen

In der Note des Obersten Rates vom 29. Januar wird darauf hingewiesen, daß der von der deutschen Regierung eingebrachte Entwurf eines Reichswehrgesetzes die Abschaffung der alten Wehrpflicht zwar für das Reich, nicht aber für jedes einzelne Land ausdrücklich ausdrückt. Auch seien „Verwendungstruppen" und andere nicht bezeichnete militärische Organisationen vorgesehen. Weiter heißt es u. a.:

Die Stärke gewisser Organisationen und eine beträchtliche Anzahl militärischer Angestellten sind nicht in das Hunderttausendmannheer mit einbegriffen. Die Zahl der Offiziere und militärischen Angestellten der Zentralverwaltung übersteigt weit die vom Vertrage zugelassene Zahl (816 statt 300). Die Entwaffnung Deutschlands ist weit davon entfernt, beendet zu sein, eine große Menge Materials ist bei den Truppenkörpern in Depots und Arsenalen angehäuft, zahlreiche Waffen sind noch in Händen der Zivilbevölkerung. Die deutsche Regierung hat die Auslieferung des nicht zugelassenen Artilleriematerials von Küstrin und Lötzen sowie der schweren Artillerie von Königsberg hinausgeschoben und verlangt, für die Landbefestigung bedeutende vertraglich nicht zugelassene Materialmengen, namentlich 2600 Maschinengewehre, behalten zu dürfen, sie verzögert die Auslieferung des nicht zugestandenen Materials der Seebefestigungen und will 1086 Geschütze von 1420 behalten. Die Schließung der Werkstätten und die Zerstörung der Maschinen zur Anfertigung von Kriegsmaterial sind nicht im vorgeschriebenen Maße durchgeführt worden. Die Entwaffnung der Selbstschutzorganisationen hat erst begonnen, ihre Auflösung ist nicht durchgeführt, die deutsche Regierung beansprucht das Recht, diese Organisationen aufrechtzuerhalten und die Entwaffnung in Bayern und Ostpreußen bis zu einem gewissen Zeitpunkt hinauszuschieben. Die in Boulogne vorgeschriebene Auflösung der Sicherheitspolizei ist nicht durchgeführt worden.

Die Note führt dann die Entscheidung der alliierten Regierungen an. Die deutsche Regierung wird aufgefordert, bis zum 15. März 1921 den gegenwärtig im Reichstage vorliegenden Reichswehrgesetzentwurf zu verabschieden, nachdem er mit dem Friedensvertrage in Einklang gebracht worden ist, namentlich hinsichtlich der allgemeinen Wehrpflicht, die gegenüber den einzelnen Staaten wie gegenüber dem Reiche beseitigt werden muß.

Bis zum 15. April 1921 ist das 100 000-Mann-Heer mit dem Friedensvertrag in Einklang zu bringen u. das Zuviel an Offizieren und Angestellten der Zentralverwaltung zu beseitigen. Bis zum 28. Februar 1921 ist der Rest des Kriegsmaterials auszuliefern, das infolge der Herabsetzung des Heeres auf 100 000 Mann überflüssig geworden ist, ferner das bei den Truppenkörpern in den Depots und Arsenalen angesammelte Material. Das von der deutschen Regierung reklamierte Material und die noch in Händen der Zivilbevölkerung befindliche, besonders aber die von den Selbstschutzorganisationen angemeldeten Waffen im ganzen Reiche, und zwar zwei Drittel der Handfeuerwaffen einschließlich der Munition, sind bis zum 31. März 1921 auszuliefern. Die Sicherheitspolizei darf in keiner Weise eine Zentralorganisation und keinerlei stärkere Bewaffnung haben, als sie von der Interalliierten Kontrollkommission festgesetzt ist. Ihre Stärke darf 150 000 Mann nicht übersteigen.

Hinsichtlich der Marine wird die deutsche Regierung aufgefordert, die zum 28. Januar 1921 angeforderten Schriftstücke zu übergeben und bis zum 30. April 1921 alle in Reserve befindlichen Schiffe desarmieren zu lassen. Bis zum 31. Juli 1921 soll die Zerstörung aller in Bau befindlichen Kriegsschiffe mit Ausnahme derjenigen, deren Umwandlung in Handelsschiffe zugelassen ist, und die sofortige vollständige Zerstörung der U-Boote und U-Boot-Teile bewerkstelligt sein. Der Bau von U-Booten und U-Boot-Teilen ist sofort einzustellen. Die Auslieferung und Zerstörung alles über das zulässige Maß hinaus vorhandenen Materials ist ohne Verzug zu bewerkstelligen. Die Interalliierte Marinekontrollkommission wird bestimmen, was Kriegsmaterial ist, und das muß sofort ausgeliefert werden. Falls es zu Handelszwecken verwendet werden kann, wird es die Kontrollkommission nach Unbrauchbarmachung für militärische Zwecke zurückgeben. Die deutsche Regierung wird aufgefordert, die in Ausführung der Marinebestimmungen des Friedensvertrages erlassenen Gesetze diesen anzupassen.

Die Note nennt sodann die Verstöße Deutschlands gegen die Bestimmungen über die Luftfahrt. Nachforschungen nach verstecktem Material sind von der deutschen Regierung zu erleichtern. Alle vorgesehenen Ablieferungen müssen vor dem 21. Mai beendet sein. Die Fabrikation und Einfuhr von Luftfahrtmaterial darf erst drei Monate nach dem Tage wieder aufgenommen werden, an dem von der Interalliierten Luftfahrtkommission anerkannt wird, daß der Artikel 202 vollständig ausgeführt ist. Deutschland muß die für die Zerstörung von Zeppelinen verlangten Entschädigungen leisten. Einzelheiten dieser Entschädigungen werden noch bestimmt. Deutschland muß vor dem 31. März 1921 25 Millionen als Entschädigung für das unzulässigerweise ausgeführte Material zahlen. Deutschland hat die Verwendung von Flugzeugen bei Polizeiorganisationen zu unterlassen. In Anwendung des Artikels, der Deutschland den Besitz von Luftstreitkräften für Heer und Marine untersagt, muß es die Bestimmungen anerkennen, die von den alliierten Regierungen erlassen wurden, um die zivile von der militärischen zu unterscheiden. Die alliierten Regierungen werden sich durch ständige Ueberwachung versichern, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt.

* * *

## Auch die englische Presse ist zufrieden

**Brüssel, 1. Februar.** (Eig. Drahtber.)

Die englische Presse ist darüber einig, daß Paris ein großer Erfolg gewesen ist, womit sie einmal besagen will, daß es sehr erfreulich sei, daß man zu einer Einigung gekommen ist und dann, daß man eine höhere Entschädigung von Deutschland nicht erwarten könne. „Daily Telegraph" findet die Ergebnisse der Pariser Konferenz wertvoller als die irgend einer vorangegangenen interalliierten Zusammenkunft. Eine entsprechende Bemerkung hat Lloyd George auch einem Vertreter dieses Blattes gemacht. Die Möglichkeit, daß Deutschland protestiert, behandelt das Blatt mit Mißachtung! Die „Times" sagen an die Adresse des Herrn Briand alles, was bei ihrer Franzosenfreundlichkeit zu erwarten war, fügen aber hinzu, die kommenden Monate werden vielleicht eine härtere Probe darstellen für die Zusammenarbeit der beiden Länder als die vorangegangene Diskussion in Paris. Die „Morning Post" legt ebenfalls den allergrößten Wert auf die Einigung zwischen Frankreich und England. „Daily Chronicle" sagt, daß die Berliner Pressekommentare, soweit sie bis jetzt zu übersehen seien, in einem „Niemals! Niemals! Niemals!" übereinstimmen. Angesichts der Natur der Deutschen sei zu erwarten gewesen, daß jedes Ergebnis als unmöglich bezeichnet worden wäre. Wenn die Alliierten nur in den Strafmaßnahmen stark blieben, so könne kein Zweifel darüber obwalten, daß alle diese Tuerei sich legen werde! „Daily Chronicle" sieht die Schwierigkeiten schon in einigen Jahren voraus, wenn die anfangs „niedrigen" Sätze der Wiedergutmachung sich allmählich erhöhen werden. Eine unmittelbare Schwierigkeit müsse man eher von der Abrüstung erwarten. „Daily News" versucht eine der bezeichnendsten Wendungen, die Abmachungen der Alliierten bildeten eine Möglichkeit für den Frieden. Ohne eine Einigung würde die Situation völlig hoffnungslos geworden sein. Sehr zu begrüßen sei auch die nun gesicherte Stabilität des Kabinetts Briand.

„Daily Herald" spricht von einem verbrecherischen Wahnsinn, der die französischen Politiker ergriffen habe. Die Verbündeten könnten 12 Billionen Entschädigungsgelder verlangen, das Ruhrbecken besetzen, nach Berlin marschieren und alle Arten von törichten Handlungen begehen. Foch würde aber die 12 Billionen, die er verlangt, in keinem Fall erhalten, da es nicht in der Macht Deutschlands liege, diese Summe aufzubringen.

---

## Amerikas Nein!

Die Pariser Montagmorgenblätter sprechen bereits den Gedanken aus, die Vereinigten Staaten müßten den Beschlüssen der Pariser Konferenz unbedingt ihre Zustimmung geben, wenn die Beschlüsse überhaupt irgendwelchen realen Wert haben sollten. Die Zeitung „Oeuvre" erklärt ganz offen, ohne die Zustimmung der Vereinigten Staaten, ohne ihre Wechselbürgschaft bliebe das Abkommen ein toter Buchstabe. Aehnlich drücken sich fast alle anderen Blätter aus. Die französische Regierung, die die Leitsätze der Propaganda ihrer Presse mitteilt, und in den verschiedensten Färbungen und Aufmachungen Frankreich und der Welt vorsetzt, hat also den wunden Punkt des Abkommens erfaßt.

Nach einer drahtlosen Meldung aus Neuyork hat sich der bekannte amerikanische Finanzmann Vanderlip dahin ausgesprochen, Deutschland könne niemals die verlangte Summe bezahlen. Dieser amerikanische Milliardär, der durchaus kein Deutschenfreund ist, hat die Hoffnung ausgesprochen, daß Deutschland sich weigern werde, die Beschlüsse der Konferenz zu unterzeichnen. Wir können uns mit dieser Hoffnung nicht zufrieden geben, sondern für uns muß es in kürzester Frist zur Gewißheit werden, daß unsre Regierung ein glattes, unbeugsames „Nein" entgegensetzt. Die Entente ist von den Vorschlägen abgewichen, auf Grund derer unsere Regierung in die Wiederherstellungsverhandlungen eingetreten war. Der Weg der deutschen Regierung ist nunmehr ganz klar vorgezeichnet. Zurückziehung auf den Versailler Vertrag und Forderung genau präzisierter Aufstellung der Schadensumme, deren Ersatz die Entente verlangt.

Nur die Furcht vor Amerika hat die Entente zu diesen Gewaltbeschlüssen getrieben. Diese, auch an anderer Stelle vertretene Auffassung, wird durch folgenden, gerade aus Amerika eingetroffenen Brief des bekannten amerikanischen Politikers Singer bekräftigt:

„Aus zuverlässiger Quelle wird der „Neuen Zeit" mitgeteilt, daß der zukünftige Präsident der Vereinigten Staaten den Versailler Vertrag dem Kongreß überhaupt nicht unterbreiten wird, sondern es lediglich der nationalen Gesetzgebung überläßt, den Frieden mit Deutschland als wiederhergestellt zu erklären. Die somit erwähnte Entschließung ist der erste, aber auch bedeutsamste Schritt. Es ist eine schlichte, aber ehrliche offene Erklärung, daß Amerika jedwede Teilhaberschaft an den Vorgängen in Versailles und Paris ablehnt. Allerdings hat Amerika diese Teilhaberschaft, noch ehe über Gewalt und Raub beraten worden ist, im November 1918 abgelehnt. Die Alliierten hätten schon damals erkennen müssen, daß Herr Wilson an den Beratungen und Beschlüssen lediglich als vornehmer Privatmann teilgenommen hat. Herr Wilson dachte freilich anders und auch in Paris sagte man anders. Nun wird sich an der Themse sowie an der Seine mit den wirklichen Tatsachen befreunden und demgemäß einrichten müssen, selbst, wenn Amerika kein Machtwort sprechen wollte.

Es sieht sehr erfreulicher Weise ganz danach aus, als habe Amerika, das im Jahre 1917 entscheidend in die Weltereignisse eingegriffen hat, um britisch-französische Kriegsziele zu verwirklichen, die feste Absicht, im Jahre 1921 seinen ganzen Einfluß zur Förderung amerikanischer Ziele aufzubieten. Der einstmalige Außenminister und nunmehrige Bundessenator von Pennsylvanien, Herr Philander Knox, ein bewährter Führer der republikanischen Partei und Vertreter der wirtschaftlichen Interessen Amerikas, hatte eine bedeutsame Unterredung mit dem künftigen Präsidenten. Als Ergebnis dieser Unterredung mit dem Bundessenator Knox seiner seinerzeitigen Friedensvorlage, die bekanntlich von dem mit dem Nobelfriedenspreis gekrönten Herrn Wilson abgelehnt wurde, einige markige Sätze hinzuzufügen, in denen klar und deutlich erklärt wird, daß Amerika mit dem Völkerbund nichts zu tun haben will, jedoch Mittel und Wege finden wird, die von irgendwelcher Seite bedrohte Freiheit und Zivilisation zu verteidigen und der Menschheit einen annehmbaren Frieden zu sichern.

In Downingstreet sucht man sich bereits auf diesen Wink mit dem Zaunpfahl einzurichten. Während es noch vorige Woche hieß, zumindest aus Paris derart gemeldet wurde, Großbritannien würde den ablaufenden Bündnisvertrag mit Japan, dessen Spitze sich gegen die Vereinigten Staaten richtet, erneuern, hat Downingstreet nun erklärt, es wurde nach erfolgter Amtseinsetzung Hardings bei Amerika in Sachen jenes Vertrages anfragen, und sich schon jetzt auf den Standpunkt gestellt, daß ein Absatz des Vertrages dahin lautet, daß Großbritannien sich trotz der Allianz zu nichts verpflichtet, falls Nippon sich in Abenteuer stürzen sollte, die gegen Amerika gerichtet sind. Allerdings mag dies eine Phrase und lediglich darauf berechnet sein, die amerikanische Volksstimmung zu berücksichtigen. Es ist aber von nicht zu unterschätzender Bedeutung, daß man in London einsieht, daß die Stimmung des amerikanischen Volkes berücksichtigt werden muß. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß man sich im politischen sowohl wie im wirtschaftlichen und Gesellschaftsleben von dem Geiste abwenden wird, der seit Ausbruch des Krieges von Herrn Woodrow Wilson mit Gärtnerliebe gepflegt worden ist. Wenn auch kaum zu hoffen ist, daß die Stimmung in eine plötzliche Deutschfreundlichkeit umschlagen werde, so kann demgegenüber als sicher angenommen werden, daß Deutschfeindlichkeit nicht mehr als patriotische Pflicht bezeichnet werden wird.

Sache der deutschen Regierung wird es sein, nach Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen einen Mann nach Washington zu entsenden, der endlich einmal der amerikanischen Volkspsyche, den amerikanischen Charaktereigenschaften Rechnung zu tragen versteht. Der Amerikaner haßt das Dienerische sowohl wie das Herausfordernde. Er achtet Offenheit, Mut und Geschicklichkeit in schwierigen Lagen. Die Hauptsache ist, darauf zu achten, daß der künftige diplomatische Vertreter der deutschen Republik die amerikanische Landessprache vollkommen beherrscht. Der Posten in Washington ist ein umso schwierigerer, weil er auf lange Zeit hinaus der wichtigste bleiben wird, schon deshalb, weil alle Mächte der Erde auch in der Zukunft um die Freundschaft Amerikas buhlen werden."

Wir haben diesen Ausführungen der „Neuen Zeit" nur noch hinzuzufügen, das sie keine vereinzelte Stimme aus den Vereinigten Staaten darstellen, sondern daß auch in einem großen Teil der englisch geschriebenen Presse Nordamerikas die offene Drohung an die Entente ausgesprochen wird, den Bogen nicht zu überspannen und sich endlich von der wahnwitzigen Kriegspsychose zu befreien, andernfalls Amerika eine Abkehr von dem Gewaltsystem erzwingen werde.

Wir werden diese Pariser Beschlüsse nie und nimmer unterschreiben und uns auch durch alle Drohungen der Entente, die mit jedem Tag ihre Kraft verlieren, nicht beirren lassen. Die Schicksalswende naht heran. Nur jetzt die Nerven nicht verlieren!

## Die Furcht vor Amerika

**tu. London, 31. Januar.**

Die „Times" melden aus Washington, daß fast allgemein die Ansicht vertreten wird, daß wesentliche Abänderungen in der von der Pariser Konferenz festgesetzten Entschädigungssumme unvermeidlich sind. Amerika wird darauf hingewiesen, daß sowohl die Verteilung der Entschädigungssumme als auch die Erhebung einer 12prozentigen Abgabe auf der deutschen Ausfuhr der Zustimmung Deutschlands bedürfe.

**wtb. Neuyork, 1. Februar.**

**Ententefreundliche Blätter verurteilen die Pariser Bemessung der Entschädigung. „World" fragt, ob denn die europäische Staatsklugheit tot sei. Die „New York Times" nennen die Exportsteuer verrückt.**

## Italiens Anteil

**Mailand, 31. Januar.**

Wie der Berichterstatter des „Corriere della Sera" meldet, wird Italien bei regelmäßigen Zahlungen Deutschlands davon in den ersten beiden Jahren 100 Millionen Goldmark in bar und ebensoviel in Waren erhalten. Nach dem jetzigen Wechselkurs würde der italienische Anteil somit einen Wert von 1400 Millionen Lire ausmachen. Die italienischen Delegierten in der Exportkommission haben auch erreicht, daß Deutschland die Zahlungen der ersten beiden Jahre zur Hälfte in Gold und zur anderen Hälfte in Waren zu machen hat, während in den 40 folgenden Jahren die Waren nur ein Viertel der Ratenzahlungen ausmachen dürften.

**Wie Graf Sforza sich als Beglücker Deutschlands vorstellt!**

**Rom, 1. Februar.** (Eig. Drahtber.)

Dem „Messagero" zufolge gab Graf Sforza einem Pressevertreter gegenüber seiner „aufrichtigen und großen Befriedigung" (!) über die Ergebnisse der Pariser Konferenz Ausdruck. Eine Brücke praktischer Verständigung mit den Deutschen sei geschlagen (!). Die europäische Solidarität werde siegen (!). Auch die Deutschen würden die wohltuenden Wirkungen der Pariser Konferenz bald erkennen. (!)

## Brüssel am 7. Februar

**tu. Paris, 31. Januar.**

Die Konferenz der Sachverständigen in Brüssel ist auf den 7. Februar einberufen worden. Die deutschen Delegierten sind gleichfalls geladen. Die Sachverständigen der Alliierten sind bereits mit der Ausarbeitung des Programms für die Beratungen beschäftigt.

* * *

## Poincaré ist zufrieden!

**j. Paris, 31. Januar.**

Poincaré beschäftigt sich heute im „Matin" mit der letzten Pariser Konferenz. Er führt zunächst aus, daß es keinen ernsthaften französischen Politiker gebe, der das linke Rheinufer annektieren wolle oder der den Gedanken habe, es auch nur zeitweilig ohne dringende Notwendigkeit zu besetzen. (Als Phrasenheld ist Poincaré sehr geschätzt!) Man wolle Deutschland nicht verhindern zu leben, aber man wolle es hindern, zu schaden. Der frühere Präsident der Republik führt dann aus, daß die deutschen Steuern viel zu niedrig seien. Die Ausgaben Deutschlands bedeuteten eine Herausforderung. Er begrüßte es, daß die Pariser Konferenz 12½ Prozent der Ausfuhr festgelegt habe, wodurch Frankreich künftig aus den Geschäften Deutschlands Nutzen ziehe.

**Der Wohnungsausschuß**

**Berlin, 31. Januar.** (Eig Drahtber.)

Im Wohnungsausschuß des Reichstages kam es in der heutigen Sitzung zu lebhaften Auseinandersetzungen darüber, welche der Vorlagen, die der Reichsregierung oder die des Reichsrates den Beratungen des Ausschusses zugrunde gelegt werden sollte. Schließlich wurde mit großer Mehrheit die Bildung einer Unterausschusses beschlossen.

---

## Politische Tagesschau

* **Deutsche Männer.** Havas meldet: Die Aufmerksamkeit der Interalliierten Kommission ist auf die Haltung des Prof. Dresen in Trier gelenkt worden, der die Schuljugend gegen die Besatzungstruppen und Frankreich aufhetzt. Die Kommission hat den Reichskommissar aufgefordert, eine Untersuchung einzuleiten und den Professor zu tadeln. Ein ähnlicher Schritt ist gegen den Vorsitzenden der Trierer Turnvereine unternommen worden.

**Im Hauptausschuß des Reichstages** wurde am Montag der Etat des Aufbauministeriums besprochen. Nach einer ziemlich langen Debatte genehmigte der Hauptausschuß sämtliche Etat- und Nachtragspositionen des Reichsministeriums für den Wiederaufbau. In der nächsten Sitzung wird der Etat des Reichsfinanzministeriums besprochen werden.

**Bemerkenswerter Volksentscheid in der Schweiz.** Bei der am Sonntag in der Schweiz durchgeführten Volksabstimmung wurde ein Initiativbegehren der sozialistischen Partei auf Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit mit rund 384 000 gegen 193 000 Stimmen und mit 19 gegen 3 Kantone abgelehnt. Ein zweites Initiativbegehren, nach dem künftig die Verträge der Schweiz mit anderen Staaten der Volksabstimmung unterbreitet werden sollen, wenn 30 000 Schweizer Bürger oder 8 Kantone es verlangen, wurde mit 284 000 gegen 159 000 Stimmen und 20 gegen 2 Kantone angenommen.

Preßgesetzlich verantwortlich: für den politischen und wirtschaftspolitischen Teil der Hauptschriftleiter Heinrich Dieß; für die Rubrik „Westfälische Heimat" Peter Werland; für Anzeigen M. Grub, sämtlich in Münster.

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

# Bekanntmachung.

## Beseitigung von Tierkörpern und Tierkörperteilen.

Auf Grund meiner Anordnung vom 26. Mai v. Js. (Amtsbl. S. 216/217) und vom 4. Juni v. Js. (Amtsbl. S. 237) und der Verordnung der Reichsregierung betreffend Vergütungen für die an Abdeckereien abzuliefernden Tiere, Tierkörper und Tierkörperteile vom 4. Mai 1920 (R. G. Bl. S. 891) setze ich die den Tierbesitzern von der Tierkörperverwertungsanstalt J. G. Grotkaß, G. m. b. H., bei Wiedenbrück im Kreise Wiedenbrück und von der Tierkörperverwertungsanstalt bei Marl im Kreise Recklinghausen für die diesen Anstalten überlassenen Häute der unschädlich zu beseitigenden Kadaver zu zahlenden Vergütungen für den Monat Dezember 1920 wie folgt fest:

1. für einen schweren Bullen oder Ochsen über 12 Zentner Mark 283,—
2. für einen geringeren Bullen oder Ochsen über 3 Jahren Mark 184,—
3. für eine Kuh Mark 113,—
4. für ein Rind, einen Bullen oder Ochsen über 18 Monate bis zu 3 Jahren Mark 79,—
5. für ein Stück über 12 bis 18 Monate Mark 51,—
6. für ein Stück Rindvieh über 6 bis 12 Monate Mark 29,—
7. für ausgetragene Kälber von der Geburt bis zu 6 Monaten Mark 16,—
8. für ein Pferd über 18 Monate Mark 105,—
9. für ein Pferd von 12 bis 18 Monaten und für ein Pony oder einen Esel Mark 58,—
10. für ein Fohlen über 6 bis zu 12 Monaten Mk. 29,—
11. für ein ausgetragenes Fohlen von der Geburt bis zu 12 Monaten Mark 16,—
12. für eine Ziege oder ein Schaf mit Wolle, je nach Größe bis zu Mark 16,—
13. für ein Schwein von 50 bis 100 Pfund je Pfund Mark 0,10
14. für ein Schwein von über 100 bis 200 Pfund je Pfund Mark 0,15
15. für ein Schwein über 200 Pfund je Pfund Mark 0,30

Münster, den 10. Januar 1921.

Der Regierungspräsident.

Vorstehende Bekanntmachung bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis.

Münster, den 25. Januar 1921.

Der Oberbürgermeister.

---

**J. N. Joka, Münster**

Mahl- und Sägemühle

Schiffahrterdamm Nr. 72

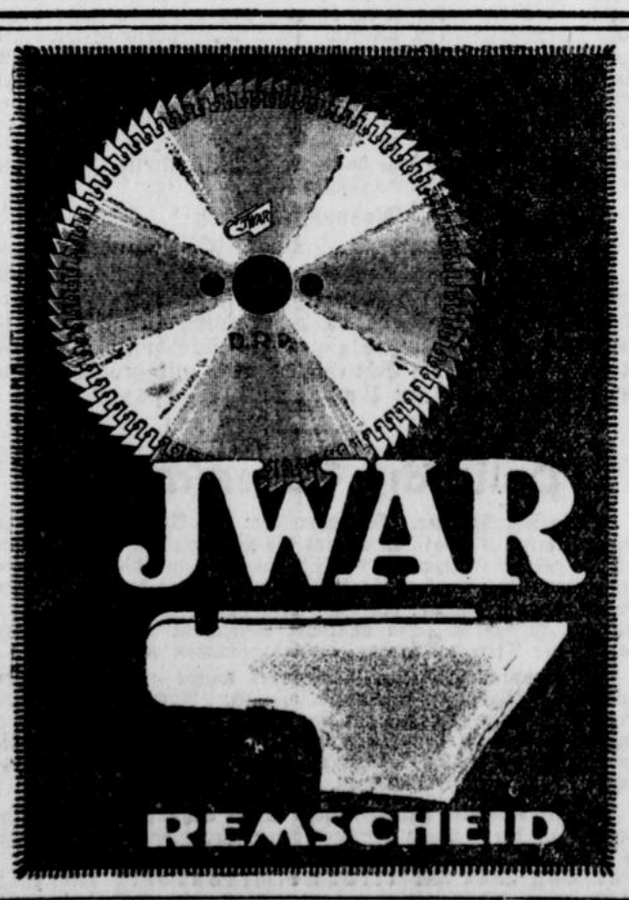
Hierdurch bringe ich die in meiner Mahlmühle vorhandene Vorrichtung zum Reinigen von

**Brandweizen**

in empfehlende Erinnerung.

Karten hierzu sind amtlich zu erhalten.

---




---

**Gebrüder Knake**

Gegr. 1808 Servatiiplatz Fernruf 179

**Flügel · Pianos · Harmoniums**

Klavierspie apparate „PHONOLA“

Stimmungen und Reparaturen.

---

Telefon 2234. Telefon 2234.

**Westfälische Telefon-Gesellschaft**

mit beschränkter Haftung

Industriestr. 1. **Münster i. W.** Hafenstr. 44.

72 Schwestergesellschaften mit rund 1000 Beamten und **30 Millionen Mark Anlage-Kapital.**

**Telefon-Anlagen in Kauf und Miete.**

Kombinierte Post- und Haus-Anlagen mit direkter Einschaltung.

Signal-Anlagen jeder Art.

Sicherheits-Feuermelder und Wächter-Kontrollanlagen.

**Priteg-Telefon-Apparate**

sind durch Verfügung des Reichspostamtes zum Anschluß an jede Amtsleitung zugelassen.

**Vorhandene Haustelefon-Anlagen**

können durch Einrichtung von „Priteg-Telefon-Apparaten“ als kombinierte Post- und Haus-Telefon-Anlagen umgebaut werden.

**Instandhaltung**

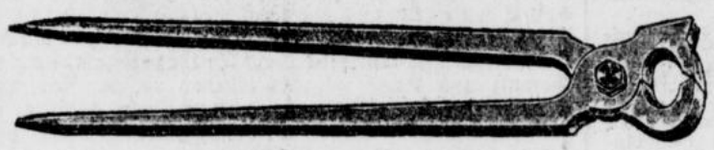
vorhandener Anlagen wird im Abonnement unter billigster Berechnung übernommen.

„Priteg-Telefon-Apparate“ zeichnen sich durch vollendetste Hör- u. Sprechfähigkeit aus, welche bereits allgemein anerkannt wurde.

---

**Reinh. Lüdorf, Remscheid**

Werkzeugfabrik mit Gesenkschmiederei



**Zangen aller Art**

**Erstklassige Ausführung**

Telephon Nr. 196 Fabrikzeichen R. L.

---

**Die neuen Zuban-Zigaretten!**

**Zuban Nr. 25** o. M. **Stück 25 Pfg.**
**Procenium** o. M. . . **Stück 30 Pfg.**
**Nasco** Gold . . . . . **Stück 40 Pfg.**
**Penthesilla** Gold. . **Stück 50 Pfg.**

Ia. Qualität, hervorragend schön.

Engros-Verkauf Bahnhofstr. 42.

**Otto Altrichter**

Zigarren-, Zigaretten- und Tabakgroßhandlung seit 1905.

---

Empfehle

**frische Eier**

zu Tagespreisen. Z. Zt. **1.40 Mk.** p. Stck. ab Station **Neermoor.**

Bedingungen: Zahlung im voraus auf mein Konto bei der Dresdner Bank in Leer. Auszahlbar gegen Duplikatfrachtbrief. Für Kisten müssen 100 Mk. deponiert werden.

**Fr. E. Everkens, Eierhandlung,**
**Ost-Warsingsfehn** b. Leer, Ostfriesland.

---

**Margarine**

| | | |
|---|---|---|
| 1 Pfund Paketware | Mk. | 10.80 |
| Cornedbef . . . | „ | 10.00 |
| Vollreis . . . | „ | 2.60 |
| Edamer Käse . . | „ | 17.50 |

**HILL**

---

**Kräße**

lästiges Hautjucken entfernt in wenigen Tagen meine

**Krätzensalbe**

1 Dosis Mk. 12.— (ausreichend)

Apotheke von

**Lühmann,**

Wanfried a. d. Werra W. 4.

---

Unsere Leser werden gebeten, beim Einkauf uns. Inserenten zu berücksichtigen.

---

**Stadt-Theater**
**Münster**

Mittwoch, den 2. Februar abends 7 Uhr:
**Volksvorstellung zu ermäßigten Preisen.**
Auf vielseitiges Verlangen nochmals wiederholt.

**Peer Gynt**

Eine dramatische Dichtung in 10 Bildern von Henrik Ibsen. Unter Mitwirkung des gesamten Städtischen Orchesters.

---

**Marine Nachtglas**
**Goertz**

**12 mal Vergrößerung,** Ia. Friedensausführung, mit Etui, für Jäger und Touristen geeignet, preiswert zu verkaufen.

Preisofferten unt. 357 a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

---

**Gallensteine!**

Verlangen Sie von uns **kostenlose** Beweise, daß wir in 24 Stunden ohne Operation und völlig schmerzlos heilen können. 20jähr. Praxis. Täglich neue Dankschreiben. Vertreter an allen Plätzen gesucht. **Masuch & Co.,** Gallenstein-Spez.-Instit., **Essen 12,** Schölerpad 114.

---

**Autofahrten**

Fernruf 500.

---

**Hausbesitzer!**

Bevor Sie eine Arbeit vergeben, holen Sie meine Offerte ein.

**H. Barfuß,**
**Maler- und Anstreichermeister,**
Gallitzinstraße A 22. Fernruf 3049.

---

**Röbers**

Bier-, Wein- u. Frühstücksstuben

**Münster i. W.**

Prinzipalmarkt 1314 - Fernspr. 140

Vornehmes Bier- u. Wein-Restaurant.

Im 1. Stock: Separate Likörstube.

Nachmittags und abends:

**Künstler-Konzert.**

Mokka - ff. Gebäck - Tee

---

**Rheinisch-Westf. Frauenverband**
Ortsgruppe Münster.

**Der Kursus für den Schnitt von Bäumen, Sträuchern und Rosen** findet 3—4 mal wöchentlich von Anfang Februar bis Anfang März statt, Preis 40 Mark. Anmeldungen bei Frau **E. Ballas,** Zumsandestraße 17 und bei Fräulein **Luise Niemer,** Melcherstraße 15.

---

| | | | |
|---|---|---|---|
| Kaffee gebrannt . . | Pfd. | 21.00 | Mk. |
| Neue Pflaumen . . | „ | 5.20 | „ |
| Haferflocken . . . . | „ | 3.25 | „ |
| Flomen-Schmalz . . | „ | 12.50 | „ |
| Butteröl . . . . . | Ltr. | 14 50 | „ |
| Cocosfett . . . . . | Pfd. | 14.00 | „ |
| Margarine in Paketen | „ | 10.80 | „ |

**Franz Jos. Henke**

Raesfeldstr. 4—6. Fernruf 2133.

Eigene Kaffeerösterei mit elekt. Betrieb.

---

**Gut,**

etwa 5—600 Morgen, ½ Wald, Herrschaftshaus, gute Gebäude, elektr. Licht, Kraft- u. Wasserleitung

zu kaufen gesucht.

Hannover, Westfalen u. Lippe bevorzugt

Offerten unter **430** an d. Geschäftsstelle dieser Zeitung.

---

**RT**

**ROLANDTHEATER**

Nur noch heute und morgen!

**Wenn die Liebe nicht wär'**

Ein Kabinettstück ersten Ranges ist **Lotte Werkmeister's** Leistung als junge Witwe Rosine Buchfink, schneidig, rassig, appart.

Ein einziger Lacherfolg wird **Henry Bender** als Filmverleiher Pfefferpreis. Eine urkomische Type.

Eine Bombenkarrikatur ist **Paul Westermeier** als Frico Lemannuro aus Mexiko.

Dröhnende Lacherfolge bei den exotischen Tänzen

Niemand soll sich diese Gelegenheit, eine wirklich heitere und urkomische Filmoperette zu sehen, entgehen lassen. 4 allererste Künstler und Künstlerinnen.

Kein Preisaufschlag trotz der hohen Unkosten.

**10 Milliarden Volt**

Ein Sensationsschauspiel in 5 Akten von Willi Wolff. In der Hauptrolle: **Ellen Richter.**

Der wütende Kampf eines amerikanischen Trustes gegen die Erfindung einer die Kohle ersetzenden Kraft reißt die Handlung des Stückes im Sturme mit sich. Ellen Richter, die berühmte Künstlerin, gibt der Wildheit der Handlung eine mildere Note und entzückt uns durch ihr reizendes Spiel.

Ferner die neueste **Meßterwoche** sowie das sonstige Programm.

Beginn: 3 Uhr nachmittags.

Die vorzügliche Kapelle unter Leitung des Komponisten u. Dirigenten **Bruno Läling.**

Wir bitten, des zu erwartenden starken Andranges wegen, möglichst die Nachmittagsvorstellung zu besuchen.

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

# Das Ende der Reichseisenbahnen?

Die Nachricht, daß der Reichsfinanzminister beabsichtigen soll, die Reichseisenbahnen selbständig zu machen, ist ebenso vieldeutig, wie das Motiv, das zu einem derartigen Entschluß geführt hat, klar und einfach ist. Selbst wenn die Nachricht verfrüht sein sollte, wird sie doch dem Gedankengange der Regierung durchaus entsprechen. Auch der Reichsfinanzminister und der Verkehrsminister können sich nicht mehr der Einsicht verschließen, daß die Reichseisenbahnen in der heutigen Verwaltungs- und Finanzreform nicht mehr wie jede andere Verwaltung in das Staatssystem eingegliedert bleiben können. Der Fehlbetrag der Eisenbahnen wird bekanntlich auf mindestens 15 Milliarden berechnet, die, wenn sie nicht durch weitere Ausgabe von Papiergeld gedeckt werden sollen, durch Steuern aufgebracht werden müßten. Die Papiergeldwirtschaft führt zum Ruin. Steuern, die diesen Fehlbetrag neben allen übrigen Lasten decken sollen, sind, wie sich niemand verhehlen kann, der sich nicht mit theoretischen Papierzahlen begnügen läßt, unbeitreibbar. Dieses Jahr wird sogar zeigen, daß wir bereits mit den jetzigen Steuern über die Grenze des Möglichen hinausgegangen sind. Die erwerbenden Stände sind eben nicht mehr imstande, den Riesen, zu dem sich die Reichs-, Staats- und Gemeindeverwaltung seit dem Kriege und vor allem nach der Revolution ausgewachsen hat, zu tragen. Vernünftigerweise hat deshalb auch der Reichseisenbahnerrat vor kurzer Zeit beschlossen, den Fehlbetrag durch Erhöhung der Tarife und durch Ersparnisse auszugleichen. Dabei ist auf die an und für sich unbestreitbare Tatsache hingewiesen, daß die Tarife bei weitem nicht die gleiche Steigerung erreicht hätten, wie die meisten Lebensmittel und die wichtigen anderen Lebensbedürfnisse, z. B. die Bekleidung.

Leider vermag aber dieser Rat, abgesehen von der Schwierigkeit seiner Durchführung, eine auch nur vorübergehende Besserung nicht zu bringen. Es ist sehr leicht gesagt, daß Ersparnisse gemacht werden müssen. Wenn aber eine Verminderung des Personals aus politischen und anderen Gründen nicht in Frage kommt und dieses Personal von seinem Standpunkt aus mit Recht erhöhte Anforderungen an das Reich stellt, so müßten schon die Ersparnisse bei der Beschaffung und Verwendung des Materials sehr erheblich sein, um selbst nur das weitere Anschwellen der Kosten bei den Personalausgaben auszugleichen. Obwohl schon früher in dieser Richtung hin die Eisenbahnverwaltung recht sparsam gewirtschaftet hat, wird wahrscheinlich infolge des Fallens der Weltmarktpreise der wichtigsten, auch für die Eisenbahn in Betracht kommenden Rohrprodukte tatsächlich eine Ersparnis gegenüber der Gegenwart eintreten. Daß diese Ersparnisse aber erheblich die höheren Personalausgaben ausgleichen könnten, vermag nur einer zu glauben, der die Preisbewegung nicht verfolgt hat und sich nicht ein Bild von der gesamtwirtschaftlichen Lage zu machen versteht. Zur Bilanzierung von Einnahmen und Ausgaben ist man demnach letzten Endes eigentlich ausschließlich auf die Erhöhung der Tarife angewiesen. Bei 15 Milliarden Fehlbetrag bedeutet dies, daß man die Tarife auf ungefähr das Doppelte durchschnittlich heraufsetzen muß. Bei dieser Heraufsetzung will man allerdings Tarife für die lebenswichtigen Güter nach Möglichkeit schonsam behandeln. Die Güter, die aber zu diesen nicht gehören und auch infolge der Art ihrer Verwendung in der Industrie keine Rückwirkung auf diese lebenswichtigen Güter ausüben, sind fast ausschließlich Luxusgüter, die einen so kleinen Bruchteil des gesamten Transportes ausmachen, daß auch eine noch so scharfe Erhöhung der sie betreffenden Tarife keine sonderlichen Wirkungen auf die Gesundung der Finanzen der Eisenbahn ausüben kann. Es läßt sich also gar nicht vermeiden, daß durch die notwendige Erhöhung der Gütertarife das Leben des deutschen Volkes und die Preise der Ausfuhrgüter um diesen erhöhten Tarifsatz verteuert werden. Wenn auch nicht ganz so ungünstig, so muß sich doch alles in allem auch die Verteuerung der Personentarife ähnlich auswirken. Die Reisen, die zum Vergnügen unternommen werden, bilden nur einen geringen Teil der ausgeführten Fahrten. Eine Erhöhung der Personentarife vermehrt die Spesen der erwerbenden Stände und auch die Unkosten des Reiches, der Staaten und der anderen öffentlichen Körperschaften, soweit sie das Reisen ihrer Beamten und Angestellten zur Durchführung ihres Dienstes gebrauchen. Die Volkswirtschaft, die demnach 15 Milliarden letzten Endes aufbringen muß, kann sie bei der anerkannten Anspannung ihrer heutigen Kräfte bis zur äußersten Grenze nicht leisten. Auf allen Gebieten treten Preiserhöhungen ein, die wieder zur Vermehrung der Löhne und Gehälter zu den weiteren Abwälzungskämpfen führen müssen. In verhältnismäßig ganz kurzer Zeit würde sich, wie auch die bisherige Entwickelung bewiesen hat, nicht nur das gleiche Defizit bei der Eisenbahn ergeben, sondern infolge der weiteren durch die Erhöhung der Preise notwendig gewordenen Vermehrung und Verschlechterung unseres Geldes der Fehlbetrag sogar noch erhöhen. Etwas günstiger könnte sich die Rechnung stellen, sobald infolge der Tariferhöhung die Bewegung an Gütern und Personen zurückgehen würde. In größerem Maßstabe ist ein derartiger Rückgang bei der Verteilung unserer Bevölkerung und der Produktionsstätten der Güter jedoch nicht zu erwarten und selbst die Personenfahrten werden, da die vermeidbaren Fahrten schon in den letzten Jahren sich erheblich gemindert haben, keine nennenswerte Einschränkung erfahren. Dazu kommt, daß infolge der Eigenart eines großen Eisenbahnbetriebes es nicht möglich ist, selbst wenn Personalentlassungen aus politischen und sozialen Gründen nicht ausgeschlossen wären, daß die Einschränkung der Betriebskosten gleichen Schritt mit der Verminderung des Verkehrs halten kann. Ein großer Teil unseres Defizits ist gerade auf diesen Umstand zurückzuführen. Da nun leider zu erwarten ist, daß der zur Bilanzierung notwendige große Verkehr sich erst, wenn überhaupt, nach einer langen Reihe von Jahren entwickeln wird, und daß auch bis dahin eine möglichst große Anpassung der Betriebsaufwendungen an den verkleinerten Verkehr nur mit großer Mühe, nach verschiedenen fehlgeschlagenen Versuchen und unter Aufwendung größter Energie und Initiative und mit Zuhilfenahme neuer ersparender Erfindungen erreicht werden kann, so muß die Regierung, der diese Logik der wirtschaftlichen Tatsachen nicht fremd sein kann, einen Weg suchen, um die gesamte Eisenbahn mit ihrem gesamten Finanzwesen von dem Reich loszulösen. Nur so vermag man diesen steuerfressenden Moloch los zu werden. Dieses Ziel muß die Regierung um so mehr ins Auge fassen, als eine große Reihe von Maßnahmen, die zur Gesundung des Eisenbahnwesens führen können, bei dem auf dem Gedanken der Volksvertretung ruhenden Parlamentarismus auf den größten Widerstand des in diesen Fragen zur Entscheidung berufenen Volkes und seiner Vertreter stoßen muß.

Mit diesem, jetzt selbst bei der Regierung sich durchsetzenden Gedankengange, ist das Ende der Reichseisenbahnen in greifbare Nähe gerückt. Welche Form man dem neuen Eisenbahnbetriebe geben wird, ist ein schweres Problem der Staatskunst. Mit Recht scheut man den Verkauf und selbst die Verpachtung an ein ausländisches Konsortium und ebenso wenig Stimmung wird zunächst wohl für die Uebertragung der Ausnutzung an eine große inländische Gesellschaft ohne oder mit Beteiligung von ausländischem Kapital vorhanden sein, falls überhaupt eine gerartige Gesellschaft in der Hoffnung auf bessere Zeiten und in dem Vertrauen auf die stets wieder hervortretende, nicht wegzuleugnende Erfahrung der größeren Billigkeit des Privatbetriebes gegenüber dem Staatsbetriebe, bereit ist, das Wagnis zu unternehmen. Zunächst ist vielleicht nur an eine Loslösung der Eisenbahn aus den staatlichen Finanzen, in deren Bande sie besonders Miquel mehr und mehr hineingepreßt hat, gedacht. Z. B. in der Weise, daß die Eisenbahnverwaltung mit Ausnahme eines ganz bestimmt umgrenzten, im Reichsinteresse notwendigen Aufsichtsrechtes völlig selbständig in der Feststellung ihrer Einnahmen und Ausgaben, sowie in der Gestaltung ihres Betriebes und ihrer Verwaltung vorgeht, und daß sie, soweit Fehlbeträge gedeckt werden müssen, auch selbständig, etwa unter Verpfändung späterer Einnahmen oder eines Teiles des Vermögens, Eisenbahnanleihen aufnimmt. Schließlich ließe sich auch ein Mittelding zwischen beiden Formen in der Weise denken, daß die Hauptstrecken, die ungefähr mit denen identisch sind, auf denen Schnellzüge fahren, in dem Betriebe einer derartigen Verwaltung bleiben, und daß die übrigen Strecken an lokale Gesellschaften, zum großen Teil unter Beteiligung der von den Bahnen berührten Land- und Stadtkreise vergeben oder verpachtet werden. Dieses letztere System würde den großen Vorzug haben, daß die jedem Aufbau hinderlich entgegentretende Zentralisation aufgehoben oder gemildet wird und nun auf verschiedenen Wegen das Ziel der finanziellen Gesundung erstrebt und durch diesen Wetteifer am ersten der Weg gefunden wird, auf dem man mit Aussicht auf Erfolg weiter arbeiten kann. Es würde sich wahrscheinlich dabei an vielen Orten ein enges Zusammenarbeiten der örtlichen Eisenbahnverwaltung mit den sonstigen dortigen Produktions- und Bevölkerungsinteressen ergeben. Selbstverständlich würden auch bei dieser Art der Neuordnung des Eisenbahnwesens für die Gesamtheit der Gesellschaften wichtige Interessengemeinschaften bestehen, ohne die ein geregelter Personen- und Güterverkehr auf einem Netz, wie es das Deutsche Reich besitzt, nicht mehr denkbar ist.

Wie man sich aber auch entscheiden mag, eines bleibt sicher. Die Tage des jetzigen Systems der Reichseisenbahnen sind gezählt.

# Der deutsche Bergbau im Dezember 1920

Im Ruhrgebiet war die Dezemberförderung mit 8 236 267 To. zwar 205 000 To. höher als im November, doch war die tägliche Förderung, die allein einen Vergleich für die Beurteilung der Entwicklung der Kohlenförderung bietet, etwas niedriger. Die arbeitstägliche Förderung ist von 33 205 To. im Monat November auf 326 189 To. im Dezember zurückgegangen. Dieser Rückgang ist indes eine alljährlich zu beobachtende Erscheinung, da der November angesichts des bevorstehenden Weihnachtsfestes einen besonderen Anreiz zur Steigerung der Arbeitsleistung gibt. Im übrigen hatte auch der ungünstige Wasserstand und die unzureichende Wagengestellung nachteiligen Einfluß auf die Kohlenförderung, da einzelne Zechen gezwungen waren, infolge des mangelhaften Abtransportes Feierschichten einzulegen. Gestellt wurden im Dezember 543 078 Wagen, gefehlt haben 132 548 Wagen. Die Haldenbestände sind infolge des mangelhaften Abtransportes von 490 000 To. Anfang Dezember auf 882 000 To. Ende Dezember angewachsen.

Die Zahl der Arbeiter stellte sich Ende Dezember 1920 auf 532 798 gegen 527 348 Ende November 1920 und 471 359 Ende Dezember 1919.

Verschiedene Einzelstreiks, die meist aus den geringfügigsten Anlässen, oft gegen den Willen des Betriebsrates ausbrachen, sind namentlich im Hinblick auf die durch den Kohlenmangel hervorgerufene große Notlage der Bevölkerung eine außerordentlich bedauerliche Erscheinung.

Im oberschlesischen Revier ergab die Dezemberförderung 2 688 698 To. gegen 3 763 504 To. 1913 bei gleichzeitiger Steigerung der Belegschaft um 36,3% von 138 164 auf 188 300. Trotz dieser außerordentlichen Vermehrung der Arbeitskräfte und trotz erheblicher Betriebsverbesserungen ist die Produktion gegenüber 1913 um 28,6% zurückgeblieben. Der Grund muß zum nicht geringen Teil in den politischen Verhältnissen gesucht werden. Die allgemeine Unsicherheit in Oberschlesien hat einen kaum mehr zu überbietenden Grad erreicht. Die verbrecherischen Elemente beschränken sich nicht mehr auf einzelne Diebstähle, Einbrüche und Raubüberfälle, sondern betätigen sich in aller Oeffentlichkeit in einer Weise, wie sie nur bei gänzlichem Versagen der öffentlichen Gewalt denkbar ist. Bei der völligen Ohnmacht der Interalliierten Kommission herrscht kristallisierte Anarchie im Lande und ein reines Banditenwesen benutzt Mord und Raub für seine Zwecke. Auf die Dauer ist es unmöglich, ein geregeltes Wirtschaftsleben weiterzuführen. Bei allem macht die oberschlesische Bergwerksindustrie bemerkenswerte Anstrengungen zur Steigerung und Verwertung der Koksproduktion, insbesondere unterstützt durch die Oberschlesische Gesellschaft zur Verwertung von Koks-Nebenprodukten. Die Wagengestellung war mit Ausnahme der zweiten Dezemberwoche weiterhin durchaus unzureichend. Es fehlten 38 389 von 220 840 angeforderten Wagen.

Das niederschlesische Revier blieb in seiner Dezemberförderung gegenüber 1913 um 9,78% zurück und erzielte 450 390 To. Die Belegschaft stieg von 27 432 Mann im Dezember 1913 auf 39 116 = 42,59 %. Die Wagengestellung wies eine Fehlmenge von 6408 der angeforderten 35 840 Wagen auf. Das Ueberschichtenabkommen blieb bei der Mehrzahl der Gruben in Geltung.

Das Revier Zwickau-Lugau-Oelsnitz hatte im Dezember 1920 unter einem neuntägigen Streik zu leiden, der rund 137 400 To. Förderausfall brachte. Die Förderung ergab 241 266 To. gegenüber 428 309 To. im Dezember 1913 bei gleichzeitiger Steigerung der Belegschaft um 44% auf 33 500. Die Wagengestellung war im allgemeinen befriedigend. Die Elektrifizierung und Zentralisierung der Kraftwirtschaft wurde fortgeführt.

Im Gebiet des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues betrug die Rohkohlenförderung im Dezember nach vorläufigen Erhebungen 6 929 682 To., die Brikettherstellung 1 472 859 To. Im Vormonat belief sich die Förderung auf 6 721 861 To. und die Brikettherstellung auf 1 424 809 To. Es hat mithin die Rohkohlenförderung im Dezember gegen den Vormonat eine Steigerung von 3,1% und die Brikettherstellung eine Steigerung von 3,4% erfahren. Im Dezember 1919 belief sich die Rohkohlenförderung auf 5 980 773 To., die Brikettherstellung auf 1 130 812 Tonnen; gegenüber dem Monat Dezember des Vorjahres hat die Rohkohlenförderung mithin eine Steigerung von 15,9% und die Brikettherstellung eine Steigerung von 30,3% erfahren.

Die Nachfrage nach Briketts und Rohbraunkohle war auch im Dezember außerordentlich stark, besonders bei den sächsischen Werken, die einen Teil der durch den Streik im sächsischen Steinkohlenrevier und das Ausbleiben der Kohle aus der Tschecho-Slowakei ausfallenden Mengen decken mußten. Leider wurden die Lieferungen der Werke durch Wagenmangel, der in der ersten Monatshälfte einen besonders starken Umfang annahm, erheblich beeinträchtigt. Nach Ausbruch des Streikes im sächsischen Steinkohlenrevier besserte sich die Wagengestellung für die sächsischen Braunkohlenwerke erheblich, so daß außer der laufenden Förderung und Erzeugung wesentliche Mengen vom Lager abgesetzt werden konnten. Im Berichtsmonat fanden Lohnerhöhungen nach Maßgabe des am 30. Oktober gefällten und am 2. Dezember für verbindlich erklärten Schiedsspruches des Reichsarbeitsministeriums statt. Die Angestelltengehälter der fünf Kernreviere Halle, Magdeburg, Anhalt, Bitterfeld und Borna wurden am 17. Dezember mit Rückwirkung vom 1. November neu geregelt.

Die Förderung im rheinischen Braunkohlenrevier betrug im November (die Dezemberangaben liegen noch nicht vor) 1920: 2 713 738 To., im gleichen Monat des Jahres 1919: 1 777 473 To., im November 1913: 1 788 300 Tonnen. Die örderung des Monats November 1920 ist gegenüber derjenigen des November 1919 um 52,6% und gegenüber November 1913 um 51,7% gestiegen. Die Brikettherstellung betrug im November 1920: 586 547 To., im November 1919: 389 780 To., im gleichen Monat des Jahres 1913: 515 167 To. Die Brikettherstellung im Monat November verbesserte sich um 50,4% gegenüber November 1919 und um 13,8% gegenüber November 1913. Die Belegschaft war im November 1920: 24 833 Mann stark gegenüber einer Belegschaftszahl von 21 835 Mann im November 1919 und von 10 849 Mann im gleichen Monat des Jahres 1913. Die Belegschaft war somit im November 1919 um 128,8% höher als im gleichen Monat des Jahres 1913. Im Berichtsmonat wurden 75 463 Wagen gestellt. Es fehlten 23 938 = 12,6% der Verhältniszahl.

Die Förderung an Kalisalzen hat im November 1920 (die Erzeugungsziffern für Dezember 1920 können noch nicht angegeben werden): 812 500 To. mit einem Kaligehalt von 89 800 To. betragen, gegnüber 680 000 To. Kalisalz mit 80 000 To. Kali im November 1919. Im November 1920 sind mithin 19% mehr Kalisalze mit aber nur 12,5% mehr Kali als im Vergleichsmonat des Vorjahres gefördert worden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in der fraglichen Zeit eine Vermehrung der Gesamtbelegschaft um etwa ⅓, von rund 48 000 auf rund 64 000 Mann stattgefunden hat. Ferner ist besonders zu beachten, daß einer Steigerung der geförderten Salzmenge ein wesentlich geringerer Gehalt an Kali gegenübersteht, was sich dadurch erklärt, daß zurzeit nur geringwertigere Salze an die inländische Landwirtschaft abgesetzt werden, während der Absatz der höherwertigen Salze, die vornehmlich ins Ausland gehen, zurzeit darniederliegt. Bei dem Inlandsabsatz decken aber die im Dezember 1919 zuletzt festgesetzten Preise die Selbstkosten noch nicht zur Hälfte.

Die Wagengestellung hat sich im Verhältnis zu den angeforderten Wagen wesentlich gebessert. Während in der letzten Dekade des Monats November noch ein Mangel von 73,2% zu verzeichnen war, haben in der letzten Dekade des Monats Dezember nur 17,5% gefehlt. Dabei ist aber auch wieder zu berücksichtigen, daß die Wagenforderungen infolge Abrufes auf etwa die Hälfte zurückgegangen sind.

Infolge weiterer Verschlechterung der Absatzlage mußte die Kaliindustrie im Monat Dezember Arbeiterentlassungen in größerem Umfange vornehmen; ferner mußten auf einer Reihe von Kaliwerken ein bis zwei Feierschichten je Woche eingelegt werden.

# Vermischtes

### Geplante Besteuerung einer häuslichen Hygiene.

In der letzten Stadtverordnetensitzung in Gotha lag der städtische Haushaltsplan zur Beratung stand, machte der Oberbürgermeister davon Mitteilung, daß zur Deckung des Defizits von 2 200 000 Mark eine Wohnungsluxus-, Hausangestellten-, Fremden-, Fenster-, Klavier-, Luxuspferde-, Geflügel- Katzen- und — eine Wasserspül-Klosettsteuer vom Stadtrat erwogen worden sei. Glücklicherweise wurden diese Steuern, weil z. T. unsozial, abgelehnt.

### Das kleinste Telephon der Welt.

Wer hätte es nicht schon unangenehm empfunden, daß man beim Telephonieren die Hände nicht frei hat. Der mit den Kugeln über den Kopf gelegte Hörer eignet sich aus mancherlei Gründen nicht für den Gebrauch durch die Allgemeinheit. Von diesen Erwägungen ausgehend, hat nunmehr die Firma Siemens u. Halske ein Telephon von geradezu staunenswerter Kleinheit konstruiert, das die Frage des händefreien Telephonierens in glänzendster Weise löst. Es handelt sich dabei um ein Apparätchen von so geringen Abmessungen, daß man es für ein Puppenspielzeug halten könnte. Der ganze Apparat ist nicht dicker als ein dünner Bleistift und noch nicht einen Zentimeter lang. Er wird beim Telephonieren einfach in das Ohr gesteckt. Damit er hier unter keinen Umständen herausfallen kann, ist er durch einen kleinen Metallträger, durch den auch die Leitungsschnur hindurchführt, auf das sorgfältigste ausbalanziert. So sitzt er durchaus fest. Auch bei Bewegungen und Neigungen des Kopfes ändert er seine Lage nicht. Er ragt soweit in den Gehörgang hinein, daß die Schallschwingungen dicht vor dem Trommelfell entstehen, so daß die Sprache ganz besonders klar und deutlich vernommen wird. War schon das Ausbalanzieren ein bewundernswürdiges Mechanikerkunststück, so muß die elektrische Einrichtung noch mehr unser Erstaunen erregen.

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

# Unterhaltung und Wissen

## „Reinin Vahi"*) („Die Wacht am Rhein.")

Finnisches Gedicht von A. Koskenniemi, deutsch von F. J. Hukkinen.

Auf deiner nachtumhüllten Schädelstätte,
o Deutschland, schloß den Bund das Menschenleid.
Dort, wo der Riese liegt in fester Kette,
sind all die Kleinen rasch in Tätigkeit.
O Deutschland, dich beschatten Not und Sorgen,
der Neid das blanke Schwert dir rostig macht. —
Der Morgen Deutschlands ist der Menschheit Morgen,
und Deutschlands Nacht ist aller Menschheit Nacht.

Durch deine Nacht, o Deutschland, Sterne dringen,
zum Morgen wird dein Weg dich führen trotz Gefahr
und neue Ernte deine Arbeit bringen,
du größter Sämann in der Völker Schaar.
Und deinen Schild wirst du noch klarer halten
hoch vor der Menschheit, die voll Haß und Wut;
mit deines Geistes Größe wirst vergelten
du deine Tränen, dein vergossenes Blut.

Noch scheint der Himmel Kants in deinen Nächten,
noch blitzt der helle Geist von Weimar her,
noch hallt der Ruf von Worms zu allen Mächten:
„Hier stehe ich und kann's nicht ändern mehr!"
Das Suchen deines Fausts und seine Trauer
muß tiefern Sinn verleih'n der Menschlichkeit,
noch spielt die Orgel Bachs voll heil'gem Schauer
vom Sehnsuchtsweh der Menschheit aller Zeit.

Die rohe Macht kann viel zu Boden schlagen,
doch nie die Arbeit, die vom Geist beseelt,
und in der Geisteswelt, ohn' zu verzagen,
die Wacht am Rhein sich auf dem Posten hält.
Sie steht auf Bergeshöh' von tausend Jahren,
der Zwerge Rache schauend, groß im Schmerz,
und unter ihrem Waffenrock voll Ehren
schlägt immer noch der Menschheit größtes Herz.

*) Dieses Gedicht eines Finnländers wurde uns von einem Freunde unseres Blattes zur Verfügung gestellt.

## Wie die Alten sungen

Skizze von Paul Bliß

Der Buchhalter Lederer hatte heute seine erste Teuerungszulage ausgezahlt erhalten, nun ging er frohgemut nach Hause und überlegte, wie er den Seinen daheim eine Ueberraschung bereiten konnte, damit auch sie teil hatten an seiner Freude. Seinem Frauchen kaufte er nichts — der gab er lieber Geld, und überließ es ihr, zu kaufen, was sie sich wünschte — er hatte eben schon Erfahrungen hinter sich und wußte, daß man es den Frauen nie recht machte. Aber den Buben, deren Geschmack er wohl kannte, denen kaufte er Schokolade. Schmunzelnd ging er heimwärts.

Und er hatte es richtig getroffen. Frauchen nahm mit freudigem Nicken den Schein aus seiner Hand. Die Buben aber umjubelten ihn lärmend in ausgelassener Freude, rissen ihm die zwei Tafeln Lindt-Schokolade aus der Hand und stürmten jauchzend hinaus.

Lederer war glücklich, — sein weiches Herz freute sich, daß er jetzt fröhliche Gesichter um sich sah. Zufrieden saß er da und schmauchte sein Pfeifchen; er war ein anspruchsloser Mensch.

Aber die Freude dauerte nicht lange. Schon nach wenigen Minuten kam Frauchen zu ihm mit bittendem Blick.

„Weißt du, Männe, ich möchte mir die blaue Bluse kaufen, die wir gestern sahen, — aber sie kostet doch 200 Emchen, — gib mir noch einen Schein" — und ihre Blicke umschmeichelten ihn in kosender Schelmerei.

Der Mann biß auf seinen Pfeifenstiel. Er sagte nichts. Er rechnete schnell aus, wie viel er noch hatte. Und er war knapp bei Kasse, trotz der Zulage. Das bekümmerte ihn sehr.

Und schon zog Frauchen die Stirn in Falten.

Noch immer rechnete er, — es reichte eben nicht.

Da sagte sie schmollend: „Lieber Himmel, wenn es nicht geht, dann muß ich mir natürlich den Wunsch verkneifen."

Er sah sie bittend an, — ihr Ton tat ihm weh.

Und sie: „Nämlich die Lehmann von nebenan hat sich auch solche Bluse gekauft, — und was deren Mann sich leisten kann, das solltest du doch auch können" — wieder lächelte sie ihm schmeichelnd zu.

Er paffte eine Wolke hinaus und erwiderte still: „Du weißt doch, wie ich rechnen muß."

Nun lächelte sie eigentümlich, mit hochgezogenen Brauen, nickte nur und ging still hinaus.

Und das tat ihm am wehesten. Er kannte dieses Lächeln. Er wußte, daß er es jetzt jeden Tag sehen würde. Und davor graute ihm.

Noch einmal begann er zu rechnen — aber es reichte eben nicht. Blieb nur eins übrig: er durfte vier Wochen nicht rauchen und nicht an seinen Stammtisch gehen.

Er biß die Zähne zusammen. Aber böse ward er nicht. Dann ging er hinaus, gab der Frau den erbetenen zweiten Schein, und bekam dafür eine feste Umarmung und einen ganz stürmischen Kuß.

Wieder war der häusliche Friede da.

* * *

Und draußen im Garten an der Hecke des Nachbarhauses kauerten die Buben und knabberten an ihren Schokoladetafeln.

Aber reine Freude war auch bei ihnen nicht. Mißtrauisch blickten sie sich an. Beinah war es, als herrsche Gewitterstimmung.

„Weshalb ißt du denn so wenig?" fragte Hans der Aeltere.

„Weil ich länger daran haben will," klang es von dem achtjährigen Fritz zurück, und sein hübsches Gesicht bekam einen Schein von Verlegenheit.

„So siehst du aus!" rief Hans und lachte ganz brutal. „Als ob ich nicht wüßte, für wen du den Leckerbissen aufhebst!"

Da wurde Fritz purpurrot, blickte bitterböse zu dem Bruder hin, und dann plötzlich brach er die Schokoladentafel mitten durch, steckte die Hälfte in den Mund und kaute wütend drauf los.

„Na" — rief er grollend —, „siehste jetzt, was für ein Affe du bist!?"

Hans hob lächelnd die Schultern und lächelte ganz überlegen.

Gleich darauf erschien im Garten nebenan das Gretchen Lehmann. Als sie die Brüder sah, kam sie neugierig heran und machte erstaunte Augen.

„Ihr habt wohl gar Schokolade!?"

Hans nickte heiter und zeigte seine Tafel nur erst mal so von weitem.

Fritz dagegen, aufgeregt und glühend, reichte dem Mädel sofort seinen süßen Rest hin.

Und Gretchen, ohne sich zu besinnen, nahm, dankbar nickend, biß sofort hinein, — und während sie den Buben schmachtend ansah und eifrig weiter knabberte, rief sie glücklich lächelnd: „Donnerwetter! Fein!"

Fritz war beglückt und nickte ihr stumm zu.

Aber als die halbe Tafel verzehrt war, ließ das Mädel die Blicke zu dem anderen Bruder hin leuchten. Der Fritz war abgetan.

Und Hans, als galanter Kavalier von zehn Jahren, trat jetzt hinzu und überreichte der Grete seine fast noch kaum berührte Tafel, die das Mädel voll Entzücken annahm und auch gleich in Stücke zerbrach.

Da aber Fritz sah, daß der Bruder ihn reingelegt hatte, so daß er der Kleinen nur noch den halben Rest geben konnte, wurde er empört und rief: „Ein ganz gemeiner Hund bist du!"

Hans lächelte überlegen. „Weshalb bist du so gierig?"

Aber schon hatte er die bozende Faust des Jüngeren in der Seite gefühlt.

Noch ein paar grobe Worte hin und her, dann lagen beide Brüder auf dem Rasen und prügelten sich.

Gretchen aber stand und knabberte die zweite Tafel Schokolade auf.

Da plötzlich geschah etwas Unerwartetes.

Ein kalter Wasserstrahl traf die Prügelszene, so daß die beiden Buben erschrocken auseinanderfuhren und ganz verängstigt aufblickten.

Drüben stand der Vater, der alles vom Fenster aus mitangesehen hatte, und er drohte, ernsthaft erzürnt, herüber.

Schnell sprangen die Buben davon. Schon in der nächsten Minute waren sie auf der Straße.

Und auch das Gretchen war draußen.

Aber jetzt blieb das Brüderpaar durchaus unbeachtet, denn jetzt trat der zwölfjährige Bruno, gescheitelt und geschniegelt, zu Gretchen, überreichte ihr, mit gezierter Geste, eine Schachtel Pralinees, die mit Erröten dankend angenommen wurden. Dann stolzierten beide davon.

Das Brüderpaar sah sich stumm an und biß die Zähne zusammen. Beide schämten sich.

Endlich sagte Hans im verhaltenen Groll: „Was doch so'n Weib alles schlucken kann!"

Dann gingen sie weiter. Die Tränen waren ihnen nahe.

## Walter v. Molo

Von Erich Bockemühl

Walter von Molo tritt uns in allen seinen Werken als eine einheitliche Persönlichkeit entgegen, in der ein starkes Wollen und Suchen nach ethischer und künstlerischer Bewältigung der Kultur, Zivilisation ... dessen überhaupt drängt, das wir „Leben" nennen. Schon in seinen ersten Romanen ist persönliches Erleben tief durchdacht, gründend tief durchlebt und gestaltet letzten Endes zu einer starken ethischen Forderung: Menschen seid menschlich! Das Erleben, die Begeisterung, der Ernst, die seelische Tatkraft ist's, die den Dichter macht, das Nervenerzittern, die zarteste Empfindsamkeit in aller Tragik und allem Glückserleben dieser Welt — und eben die Wirkung dieser Empfindsamkeit: die Erregtheit der Seele, der Drang, zu erkennen: Die Erlösung, die Versöhnung: das größere Prinzip über allem diesseitigen: Die Erlösung im Allverstehn und Allgefühl. „Das große Weltgefühl" sagen wir heute, das im Tiefsten eine religiöse Angelegenheit ist — — das große Weltgefühl, in dem zugleich die Forderung der „Menschbruderschaft" gegeben ist, im tieferen Sinn als eines sozialen Ausgleichs nur, sondern als methaphysische Angelegenheit schlechthin. Kurz gesagt: Nicht literarische Beweggründe sind es, die Molo zu seinen Romanen veranlassen, auch nicht die Probleme des Lebens allein, die man so und so und dennoch niemals lösen kann: (er könnte zudem auch Nur-Philosoph sein) sondern das Bewußtsein, Betrunkensein von All und Unendlichkeit — das letzte Undefinierbare — Menschentum und Dichtertum zugleich. — „Fridericus" — da ist nichts von Stoff, der verarbeitet und etwa umgearbeitet ist (im „Schmelztiegel der Phantasie", wie man so schön sagt), da ist nichts von Technik und Geschicklichkeit, da ist die eine große umfassende Anschauung des geistigen Lebens „Fridericus", das eine große Erlebnis „Fridericus" (innerhalb der besonderen Erkenntnis der Zeit) und eben dann die eruptive Gestaltung, das grandiose Bild und Geschehen des einen Schlachttages, der nie war und dennoch überzeugende Wirklichkeit ist —. Mehr oder weniger sind alle Romane Walters von Molo Kunstwerke geworden. Ich rede mit Absicht nicht von dem, was das große Publikum hinzieht, — etwa von dem rein stofflichen Interesse, das die Werke an sich bewirken: etwa von den parallelen Erlebnissen unserer Zeit und der „Luise", also der Zeeit vor ca. 100 Jahren, dem Interesse, das das Volk ohnehin an „Schillers" Leben hat: Es sind Momente in Molos Werken, die ihm Erfolge brachten — aber der Dichter will verstanden und nicht allein gelesen sein. Schon die Teilüberschriften seines Schillerwerkes deuten das Molo'sche Innenerlebnis bezüglich Schillers an: „Ums Menschentum", „Im Titanenkampf" usw. Molos starke Willensnatur konnte leicht zu Schiller kommen, weil Gleichartiges in ihm wirkend war: Kampf und Ringen des Schillerschen Genius hätte aber Molo nicht so überzeugend gestalten können, wenn nicht sein Leben irgendwie ähnlich gewesen wäre. Es ist auch im „Schiller" nicht alles restlos „Kunst" geworden, manches „Geschichte" und „Bericht" geblieben, aber es ist traurig, daß dieses geistige Werk dem Kino freigegeben ist, das seinen Sensationsextrakt für das Publikum daraus kochen wird, wobei vor allem der Geist verfliegt. Das Publikum liest aber Molo vielfach nur „sensationerig", es liest in der „Luise" Hoffzenen und Liebesgeschichten — während dies Buch die weibliche Seele umfaßt und das menschliche Schicksal der unglücklich-glücklichen Königin — und viel mehr noch ist als dies alles: deutsche Sehnsucht und Liebe, verkörpert in einer Frau, die fast daran allein zugrunde geht, daß sie Deutschland liebt. Sie räumt die Hindernisse hinweg für die deutsche Befreiung. Hinter all diesem Geschehen ist des Dichters Drang, das Leben zu gestalten: All dies Geschehen geschieht mehr oder weniger stark vor dem Hintergrund der Unendlichkeit, unter der ewigen Wölbung des Alls. Und wem schon in den Romanen diese Perspektiven unerkannt bleiben (weil er sie für sich selbst verloren hat), dem allerdings bleibt der Wert der Moloschen Dramen vor allem verschlossen. Molo verknüpft sich Handlungen, die hernach geschickt zu lösen sind (Konstellationen — und es hat den Anschein etwa, als seien Probleme des Lebens gelöst): Es gibt keine Lösungen. Wer weiß „Recht" und „Unrecht", „Gut" und „Böse" — — Es ist immer da: der Mensch. Und des Menschen abgründige Seele. Des Menschen unerklärbar dunkles Triebleben. Des Menschen Kampf und Ermatten. Und es gibt nur eine Lösung: das Erschauern im All. — Vor der Unendlichkeit ist das Erkennen der Menschbruderschaft, der einen großen Liebe, in der alle Gegensätze gelöst sind. In bezwingbarer Plastik ist im „Infant der Menschheit" das Sich-selbst-Erraffen des Schillerschen Genius gestaltet — aus allen persönlichen Engen hinweg zur volksverantwortlichen Tat. Der kleine „Friedrich Staps", der Napoleon ermorden will, wird zum Sinnbild der neuen Zeit, vor der Napoleon zittert, als der junge Kaufmannslehrling vor ihm steht: „Die Befreiung der Ethel", die sich durch den Tod aus Schicksal und Enge (und letzlich ihrem eigenen Vorurteil) erlöst — und „der Hauch im All", der „Mensch" selbst, dies Drama starker Innenhandlung, da der letzte Akt nur seelisches Geschehen ist, da die dramatische Handlung ganz im „Innen" liegt und durch die Bühne (in stärksten Spannungsmomenten) nur verstärkt wird. — Inhaltsangaben sind immer Notbehelfe. Je wesentlicher das Werk, um so weniger ist mit Inhaltsangaben gesagt. Es sollte meine Aufgabe sein, eine Idee der Willensimpulse des Moloschen Gesamtwerkes zu geben — und ich freue mich, auf ein umfangreiches Buch über Walter von Molo hinzuweisen, das Hanns Martin Elster zum 40. Geburtstag des Dichters im Langenschen Verlag München, in dem fast sämtliche Werke Molos aufgenommen worden bzw. erschienen sind, herausgegeben hat. Ein Buch das sowohl [illegible] bringt das manchem, dem es ernsthaft um die innersten Probleme des Dichters zu tun ist und der dann doch irgendwann nicht mehr mit kann, hilft, zu verstehen — dessen Wert vor allem aber darin liegt, daß es den Dichter (auch in sachlicher Kritik der gelegentlichen Unvollendetheiten), wirklich erkennt: den Innenrhythmus des Gesamtschaffens, die völkisch-deutsche Inbrunst und Verantwortung, die menschlich-metaphysische Voraussetzung seines Dichtertums.

Im neuesten Werk des Dichters, das gerade eben in meine Hände kommt (Drama: „Die helle Nacht", Schauspiel, das in diesem Winter in Berlin uraufgeführt wird) lese ich, nur durchblätternd, auf der letzten Seite: „Ich höre die Melodien hinter den Dingen". Die Melodie hinter den Dingen zu hören, ist die innerste Ursache des Moloschen Dichtertums, vor allem seiner besten Dramen.

## Wohnungsnot auch im Vogelreich

Von Fritz Dahle.

Frau Elster flog von Baum zu Baum, von Dorf zu Dorf und verkündete allen Vögeln:

„Morgen Mittag um 12 Uhr findet im Walde rechts vom Dorf, auf der Buche links am Bach eine öffentliche Vogelversammlung statt. Redner ist Herr Storch. Er will über die zunehmende Wohnungsnot im Vogelreich und ihre Abhilfe sprechen."

Pünktlich zur festgesetzten Zeit erschienen die Vögel auf dem Baum. Herr Rabe eröffnete die Versammlung, denn er war der einzige, der einen guten, schwarzen Gehrock besaß, begrüßte die Erschienenen und erteilte Herrn Storch das Wort.

„Meine Damen und Herren," sprach er, „Sie wissen es alle, daß wir mit einer ungeheuren Wohnnugsnot zu kämpfen haben. (Bravo! Sehr richtig! aus der Spatzenecke.) Ich muß um die größte Ruhe bitten! Also, meine Damen und Herren man weiß bald nicht mehr, wo man sein müdes Haupt hinlegen soll. (Unter den Flügel stecken! — aus der Spatzenecke.) Wenn Sie nicht ruhig sind, lasse ich die Tribüne räumen! Meine Damen und Herren ich stelle hiermit fest, daß die Wohnungsnot tatsächlich besteht. (Das wissen wir schon lange — aus der Spatzenecke.) Herr Habicht sorgen Sie bitte für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung! Also, die Wohnungsnot besteht. Ich stelle jetzt die Frage ihrer Behebung zur Diskussion!"

Eine tiefe Verbeugung, und der Storch trat zurück.

Der erste, der sich zu Wort meldete, war Herr Spatz.

„Meine Damen und Herren! Herr Storch hat mit treffenden Worten festgestellt, daß tatsächlich Wohnungsnot besteht. Um diesem Uebelstande abzuhelfen, stelle ich folgenden Antrag.

„Da wir im freien Vogelstaate über tüchtige Handwerker verfügen, sind den betreffenden, nämlich Specht und Schwalbe, Aufträge zum Bauen von Wohnungen zu erteilen die nach demokratischen Grundsätzen zu verteilen sind." (Zurufe, wie „Sehr richtig!" „Bravo!" und „Faulpelz", „Krakehler" schwirrten durcheinander.) Da sich der Spatz in dem allgemeinen Tumult nicht mehr verständlich machen konnte, verließ er den Rednerast.

Schwalbe und Specht drängten sich jetzt vor.

„Wir haben schon immer Wohnungen für andere Leute mitgebaut und tun es auch fernerhin. Aber für das Spatzennest bauen wir nichts, für diese Schmutzfinken und Krakehlbrüder! Hat man ihnen mal für den Winter eine Wohnnug vermietet, wie sieht die dann im Frühjahr aus! So verdreckt und verloddert! Und beschwert man sich dann, na, diese Flut von Schimpfworten und Schmähreden sollten Sie mal hören! Es bleibt einem tatsächlich nichts anderes übrig, als neu zu bauen. Wir protestieren ganz energisch gegen diesen Antrag!"

Schwalbe und Specht mußten schleunigst die Versammlung verlassen. Sonst hätte es eine böse Keilerei mit den Spatzen gegeben.

Jetzt trat Herr Storch wieder vor und dank seiner imponierenden Gestalt gelang es ihm, die Ruhe einigermaßen wieder herzustellen.

„Meine Damen und Herren, so kommen wir nicht zum Ziel. Die Ausführungen der Frau Schwalbe sind im wesentlichen richtig, denn ich habe mit Familie Spatz ähnliche Erfahrungen gemacht. (Runter mit dem Kerl! Haut ihn! — aus der Spatzenecke.) Ich stelle nun den Antrag, daß die bestehenden Wohnungen zu rationieren sind. Ich bitte darüber um Abstimmung. Wer dafür ist hebe den rechten Flügel. Ich bitte um die Gegenprobe. Der Antrag ist angenommen. Es hat also jeder, der über ein größeres Nest verfügt, eine kleinere Familie bei sich aufzunehmen. Ich erkläre die Versammlung für aufgelöst."

Schreiend und lärmend flogen nun alle davon.

Familie Spatz hatte sich dermaßen vergrößert, daß die vielen Kinder keinen Platz mehr hatten, und nun ausgingen sich eine neue Wohnung zu mieten. Eines der Spatzenkinder kam nun zum Raben am Waldrand.

„Ach, entschuldigen Sie, Herr Rabe, können Sie mir ein Eckchen Ihres großen Nestes vermieten?"

„Tja, Herr Spatz, eigentlich hätte ich lieber ein älteres Ehepaar, denn ich kann das viele Kindergeschrei nicht vertragen. Aber ich will Ihnen gestatten, bis auf weiteres bei mir zu wohnen."

Herr Spatz jr. und Frau zogen also ein. Am ersten Tage benahmen sie sich wie gesittete Miteleuropäer. Am folgenden Tage jedoch fing's schon an: „Herr Rabe, ich bitte Sie, dieser Dreck in dem Nest und dieser Geruch! Da soll ein Spatz wohnen? Sorgen Sie mal gefälligst für Reinigung der Wohnung!" So ging es jeden Tag immer hatten die Spatzen zu quengeln und zu quesen, bis den Raben eines guten Tages das Geschimpfe zu viel wurde, und er Frau Spatz, die das loseste Mundwerk hatte, zum Frühstück verspeiste.

So kam der Herbst ins Land, von den Spatzen jubelnd begrüßt; denn die meisten Vögel verreisten jetzt, und ihre Wohnungen standen leer. Das freche Volk der Spatzen machte sich nun recht breit: die Starenhäuschen, die Schwalbennester alles gehörte ihnen. —

Der Winter verging, und der Frühling hielt seinen Einzug. Mit ihm kamen aber auch die Wanderer wieder. Herr Star wollte seine Wohnung beziehen, doch entsetzt prallte er zurück als ihm ein energisches „Besetzt!" entgegenschallte. Ebenso ergeht es Familie Schwalbe und noch vielen anderen. Es blieb ihnen halt nichts anderes übrig, als neu zu bauen. Zwar berieten sie eine Versammlung ein, aber ihre Beschwerden kamen nicht zu Gehör, da das Spatzenvolk jeden Redner niederschrie.

„Ja, ja" meinte Frau Schwalbe zu Frau Star, „wer am lautesten schreien kann, bringt es heutzutage am weitesten!"

## Bunte Zeitung

### Ein deutschfeindlicher Film abgesetzt

Der deutsche Gesandte in Kuba hat gegen die Vorführung des Films „Miß Cavells Hinrichtung" Einspruch erhoben. Der Film mußte von dem betreffenden Theater auf Regierungsbeschluß abgesetzt werden.

### Ein Filmtheater im Vatikan

Im Vatikan ist vor kurzem ein Lichtspielhaus eröffnet worden, das ausschließlich dem Papst und seinen Kardinälen zur Verfügung steht.

MFA Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.

# Westfälische Handels-Zeitung

## Steuerbilanz

**Wie muß der Kaufmann bilanzieren, um der Abnutzung seiner Maschinen und Anlagen infolge der Geldentwertung Rechnung zu tragen?**

Von J. Nix, Steuersyndikus der Treuhand- und Revisions-Akt.-Ges., Elberfeld, Schloßbleiche

Ganz besonders diese Frage ist in letzter Zeit Gegenstand lebhafter Erörterungen in Fachkreisen gewesen und dürfte zurzeit der jetzigen Bilanz allgemeinem Interesse begegnen.

Wie niemals in früheren Jahren, bereitet die Aufstellung der heutigen Bilanz dem Kaufmann Schwierigkeiten, weil die darin enthaltenen Wertzahlen ganz verschiedene Bedeutung haben. Die einzelnen Wertzahlen stellen ein Gemisch von Gold- und Papiermark dar. Während auf der einen Seite die Anlagegegenstände, Betriebsvorräte pp. in Goldmark ausgedrückt sind, stellen auf der anderen Seite die Außenstände, Verpflichtungen, sowie der Reingewinn nur Papiermarkwert dar. Ein Ausweg aus dieser Schwierigkeit ist schwer zu finden, da ganz ungleiche Werte sich einander gegenüber stehen.

Allgemein gesprochen, verdient ein Kaufmann erst dann, wenn sein Vermögen sich vermehrt. Der Kaufmann muß nicht nur feststellen, was er am Schlusse des Geschäftsjahres durch seine Fabrik verdient hat, sondern dem Verdienst den Betrag gegenüberstellen, um den seine ganzen Anlagen an Wert (Abnutzung, Verschlechterung) verloren haben. Um diese Wertminderung zahlenmäßig auszudrücken, schreibt der Kaufmann ab. Ist z. B. eine Maschine im Laufe der Zeit aufgebraucht, so müssen die jährlichen Abschreibungen hierauf zusammengenommen, den Kaufmann in den Stand setzen, sich eine gleiche Maschine zu beschaffen. Ist das auch heute möglich? Für eine Maschine, die im Frieden 10 000 Mark kostete, müssen heute vielleicht 300 000 Mark und noch mehr aufgewandt werden. Es liegt doch wohl klar auf der Hand, daß kein Kaufmann in der Lage ist, sich für seine bisherigen Abschreibungen einen Ersatz für sein verloren gegangenes Material zu beschaffen. Schon die Wahrheit der Bilanz verlangt gebieterisch, diesem Umstande in der Bilanz in irgendeiner Form Rechnung zu tragen.

Entweder die Anlagewerte auf den heutigen Wert zu erhöhen und davon abzuschreiben, oder ein Fabrikerhaltungs- oder Erneuerungskonto auf der Passivseite einzurichten und hierauf Rückstellungen zu machen, die der wirklichen Entwertung der Anlagen entsprechen.

Erst hierdurch würde der Reingewinn richtig zum Ausdruck gebracht. Zwei Beispiele mögen das Gesagte bekräftigen:

1. Ein Unternehmen, das schon lange Jahre besteht, kann größere Abschreibungen nicht mehr vornehmen, da die Anlagewerte schon an sich niedrig zu Buche stehen.

Der Gewinn von 500 000 Mark (ausgedrückt in Papiermark) wird voll zur Steuer herangezogen.

2. Das gleiche Unternehmen wird im gleichen Zustand heute mit einem Kostenaufwand von 2000 000 Mark erworben und erzielt unter gleichen Voraussetzungen ebenfalls einen Gewinn von 500 000 Mark. Hier wird der Gewinn nicht voll erfaßt, da derselbe zunächst um die hier mögliche Abschreibung (10 Prozent von 2 000 000 Mark = 200 000 Mark) gekürzt wird. Das erste Unternehmen würde nach Verbrauch seiner Anlagewerte nicht mehr existenzfähig sein, da ihm die Mittel zur Ersatzbeschaffung fehlen. Das zweite Unternehmen dagegen hat vermöge der Abschreibungen genügend Mittel, den Betrieb zu ergänzen.

Nun wird man sicherlich fragen, wie stellt sich die Steuerbehörde dazu? Es bleibt der demnächstigen Rechtsprechung vorbehalten, hierin restlose Klarheit zu schaffen, aber schon heute kann man in Anlehnung an schon ergangene Entscheidungen des Reichsfinanzhofes die Hoffnung aussprechen, daß auch der Steuerfiskus sich der Ansicht einer gerechten Beurteilung der Steuerbilanz nicht verschließen kann. Immerhin dürfte der Antrag eines Erneuerungskontos bei richtiger Begründung Aussicht auf Erfolg versprechen.

Gleichzeitig will die oft an mich gerichtete Frage bezügl. Nachholung der in früheren Jahren unterlassenen Abschreibungen dahin beantworten, daß steuerrechtlich eine Nachholung von Abschreibungen unstatthaft ist.

## Die Wirtschaftslage in Argentinien und Brasilien

Aus beiden Ländern liegen uns direkte telegraphische Meldungen vor:

In Argentinien ist die Weizen- und Leinsaat-Ernte durchweg gut, in vielen Distrikten sehr gut. Nur wenige Landstriche ergeben, wie dies stets der Fall ist, ein mäßiges Resultat. Hafer hat eine mittelmäßige Ernte. Sehr gut sind die Aussichten für Mais, doch ist bekannt, daß sich die endgültige Entscheidung bis April-Mai hinziehen kann. Vor allem ist die Mais-Ernte sehr oft entweder von zuviel Regen oder zu viel Dürre bedroht.

Was wir schon wiederholt berichteten, wird uns auch jetzt gemeldet: das Resultat der Ernte hängt nicht von dem Ergebnis, sondern von der Weltlage ab. Sind Käufer zu denkenden Preisen vorhanden? Das ist die Frage, um die es sich handelt. Und als drohendes Gespenst erhebt sich für Argentinien die sehr gute Ernte in Nordamerika und Kanada, verbunden mit der immer mehr nachlassenden Kaufkraft von Zentral-Europa. Somit läßt sich erst über die Wirtschaftslage Argentiniens ein abschließendes Urteil fällen, wenn die Ernte an den Mann gebracht ist. Kenner der Verhältnisse urteilen nicht allzu optimistisch, sind vielmehr der Ansicht, daß auch in Argentinien die unaufhaltsame Krisis als Folge der Weltwirtschaftslage bereits begonnen hat und sich weiter auswachsen wird im Verhältnis zu der Entwickelung in den Zentralstaaten in Europa. Die Welt ist ein großes Ganzes. Kaufen wir keinen Kaffee, so leidet Brasilien, kaufen wir kein Getreide, so leidet Argentinien, kaufen wir keine Baumwolle, so klagen Nord-Amerikas Pflanzer.

Ueber die Lage des allgemeinen Geschäftes in Argentinien liegen uns folgende kurze Berichte vor: Hohe Löhne, weichende Preise, nachlassende Kaufkraft im Innern, nicht direkt schlechte, aber doch trübe und vor allem unsichere Aussichten. Dazu kommt der steigende Dollar-Kurs, dem der Argentinische Peso nicht folgen kann und schon deshalb nicht folgen wird, weil die Steigerung des Dollar-Kurses weiter nichts als ein Konkurrenzmanöver bedeutet: es ist der Kampf am Weltmarkt um den amerikanischen Dollar und das englische Pfund. Und in diesem Kampf leiden die Unbeteiligten, auch wir wieder in erster Linie, indem unseren heutigen steigenden Mark-Kurs, wenn nicht alles täuscht oder Wunder passieren, ein gewaltiger Sturz folgen wird, denn der Stand unserer Mark hängt nicht von Börsen-Manövern ab, sondern von der wirtschaftlichen Lage unseres Landes. Außerdem vor allem von dem Wunsch Nord-Amerikas zu exportieren und uns als Konkurrent auf dem Weltmarkt auszuschalten. Beides wird durch den hohen Mark-Kurs erreicht, kann aber immer nur für kürzere Zeit vorhalten wie jede künstliche Entwickelung. Alles in allem muß man die Entwickelung abwarten. Argentiniens Wohl und Wehe hängt von dem Verkauf seiner Ernte ab. Erst in Monaten wird man in dieser Beziehung ein Urteil fällen können.

Das Geschäft in Brasilien liegt sehr schlecht. Hohe Läger, stark weichende Preise. Der Grund ist das Darniederliegen des Kaffeehandels und der übrigen Landesprodukte. Der Kaffeepreis fiel um glatt 100 %, der Kurs von 18 auf 9½ pence in wenigen Monaten. Der Dollar-Kurs lastet schwer auf dem Lande. Der einzige Lichtblick ist, daß während des Krieges stark verdient wurde und eine gewisse gesunde Basis nicht abgestritten werden soll. Trotzdem haben die Eingänge aus dem Innern sehr nachgelassen. Im Norden sind die Preiseinbußen für Kautschuk so erheblich, daß sie den Zusammenbruch der Erzeugung und des Handels in diesem wichtigen Artikel zur Folge haben. Der Ausfuhrhandel geht immer mehr in die Hände der Nord-Amerikaner über. An Stelle des früheren soliden Geschäftes trat die Spekulation. Gelingt es den Yankees, den Ausfuhrhandel immer mehr an sich zu reißen, also auch England, Frankreich und Deutschland mit brasilianischen Produkten zu versorgen, so wird Brasilien seine Unabhängigkeit mehr und mehr verlieren und wie einst von Rothschild in Paris, später von den Morgan- und anderen Trusts in Neuyork abhängen.

Alles in allem: sehr, sehr trübe Aussichten. Was uns hier in Sonderheit interessiert, ist, daß sowohl in Argentinien wie auch in Brasilien der Markt mit deutschen Waren überfüllt ist und man sich bezüglich des Absatzes in nächster Zeit nach diesen beiden bevorzugten Ländern keinen falschen Hoffnungen hingeben darf. Das müssen wir nachdrücklich unterstreichen.

### Behandlung auswärtiger Guthaben bei der Vermögensabgabe in Deutsch-Oesterreich

Das österreichische Konsulat in Kiel hat unter dem 7. Januar d. J. dem Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr das Folgende mitgeteilt, das von allgemeinstem Interesse sein dürfte: Das Bundesministerium für Finanzen wird von dem Bestreben geleitet, die Sperrmaßnahmen betreffend die Vermögensabgabe nach Tunlichkeit einzuschränken und hat Verfügungen getroffen, welche, über die der Republik Oesterreich durch den Staatsvertrag von St. Germain auferlegten Verpflichtungen hinausgehend, allen Ausländern, also auch den Angehörigen ehemals verbündeter und neutraler Staaten, jene Begünstigungen bezüglich Freigabe gewisser Vermögenschaften einräumen, die im Sinne dieses Staatsvertrages den Angehörigen der alliierten und assoziierten Mächte zugestanden werden mußten. Mit der 12. Verordnung vom 17. November 1920 (BGBl. Nr 15 werden nunmehr die bestehenden Sperrverfügungen allgemein auf jenes Maß eingeschränkt, in welchem sie zur Sicherung der Vermögensabgabe, zur Durchführung der Inanspruchnahme von Goldmünzen und ausländischen Wertpapieren und zur Regelung der Rechtsverhältnisse aus den Schuldverschreibungen des ehemaligen österreichischen Staates im Sinne des Staatsvertrages von St. Germain unbedingt erforderlich sind. Hierbei werden insbesondere auch Verfügungen getroffen, daß gegenüber Ausländern, die für eine inländische Vermögensabgabe nicht in Betracht kommen, alle etwa zur Sicherung einer künftigen Vermögensabgabe angeordneten Sicherstellungen aufgehoben werden und daß Ausländern, die einer Einlieferungspflicht von ausländischen Wertpapieren und Goldmünzen nicht unterliegen, die freie Verfügung über diese Effekten ermöglicht wird. Die Sperren über zur Einlieferung nicht aufgerufene ausländische Wertpapiere und Goldmünzen, über ungemünztes und unverarbeitetes Edelmetall, ungefaßte Juwelen, Gold-, Silber- oder Schmuckgegenstände, ausländische Staats- und Banknoten, Wechsel, Schecks und Anweisungen auf das Ausland werden aufgehoben, geleistete Schmuckkautionen werden zurückerstattet.

Um den vielfach aufgetauchten irrtümlichen Nachrichten über die Sperrverfügungen in Oesterreich aufklärend entgegenzutreten, empfiehlt dieses Amt, von Vorstehendem weitgehendsten Gebrauch zu machen und besonders hervorzuheben, daß in Oesterreich gehaltene Guthaben und Wertpapierdepots nach dem Gesetze über die einmalige große Vermögensabgabe nicht zu dem in Oesterreich gebundenen Vermögen gehören, so daß im allgemeinen ein Ausländer, der seit dem 30. Juni 1915 oder (bei Geschäftsleuten) seit dem 30. Juni 1917 in Oesterreich keinen Wohnsitz hat und hier keine Erwerbsunternehmung betreibt, von seinem bei inländischen Kreditinstituten geführten Guthaben oder Wertdepots zur österreichischen Vermögensabgabe nicht herangezogen wird.

### Einfuhr aus Danzig

Der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung erläßt eine Verfügung, nach der die Ermächtigung der Zollstellen, Waren aus dem Freistaat Danzig die laut Bescheinigung der Handelskammer Danzig aus Deutschland stammen, oder im Freistaat Danzig ganz aus deutschen Halbfabrikaten oder deutschen Rohstoffen hergestellt sind, ohne besondere Einfuhrbewilligung zur Einfuhr zuzulassen, bis zum 28. Februar 1921 verlängert wird.

Die Vorschriften über die Einfuhr zentralbewirtschafteter Waren werden durch diese Ermächtigung nicht berührt. Waren aus dem Freistaat Danzig sind auch Gärtnereierzeugnisse Danziger Ursprungs gleichzustellen.

Im Anschluß an das starke Anziehen der Devisenkurse verkehrte die Börse auf der ganzen Linie etwas fester, das Geschäft nahm an Umfang zu. Von Kohlenwerten gingen Ewald, Graf Bismarck, Graf Schwerin, Helene Amalie, Deimelsberg, Langenbrahm, Wilhelmine Mewissen zu besseren Preisen um. Trappe, Gottessegen und Heinrich waren unverändert im Verkehr. Von Braunkohlenwerten gingen zu anziehenden Kursen Gute Hoffnung, Leonhardt und Michel in anderen Besitz über. Von Kalipapieren waren insbesondere eine Reihe mittlerer Werte gefragt. Zu nennen sind Friedrichsroda, Heeringen, Mariaglück Neustaßfurt und Thüringen. Das Interesse für Werte des Wintershallkonzerns ließ nach. Die zu diesem Konzern gehörigen Werte wie Alexandershall, Gebra, Heiligenroda, Neurode, Felsenfest und Hüpstedt mußten sich Kursabschwächungen gefallen lassen. Von Kaliaktien gingen Hallesche, Heldburg, Justus und Nonnenberg unverändert um.

## Die Wirkung der 12 Prozent Ausfuhrabgabe

tu. **Berlin**, 31. Januar.

Zur Bedrohung unseres Außenhandels wird von einer führenden Persönlichkeit erklärt, daß die Erhebung einer Ausfuhrabgabe von 12 v. H. unseren Außenhandel geradezu verwüsten würde. Schon die Abgabe von 5 bis 10 v. H., die von der Ausfuhr für das Reich erhoben wird, hat den Außenhandel stark gebunden und die Ausfuhr gewisser Artikel unmöglich gemacht. Vorübergehend würde vielleicht die Verschlechterung unserer Valuta unsere Ausfuhr erhöhen, aber bald würden neue Steigerungen der Löhne und damit der Herstellungspreise eintreten und als deren Folge die Unmöglichkeit konkurrenzfähig zu bleiben. Die Ausfuhrabgabe könnte also in kürzester Zeit nur dazu führen, daß unser Außenhandel ganz aufhört und die Entente überhaupt nichts bekommt. **Sie schneidet sich also mit den Beschlüssen nur ins eigene Fleisch.**

## Aus der Eisen- u. Metallindustrie

### Metallpreise

**Hamburg**, Februar. (Drahtbericht).

| | 31 | 1 |
|---|---|---|
| Silber (ca. 900 f.) | 945 935 | 1010 990 |
| „ „ Febr. | — | 1010 990 |
| „ „ März | 940 930 | 1000 985 |
| „ „ April | 935 925 | 995 985 |
| Zink (Hüttenroh) prompt . . . | 550 530 | 600 550 |
| Zink per Februar | — | 600 550 |
| Zink per März | 545 530 | 580 565 |
| Zink per April | 535 520 | 575 565 |
| Zink umgeschmol. | 345 330 | 390 370 |
| Blei (Ord. Hütte Weichblei dopp. Raff. ager. | 460 430 | 530 490 |
| Blei Ord. ab Hütte | 460 430 | 530 490 |

| | 31. | 1. |
|---|---|---|
| Blei (Weichblei dopp. raff.) . | 380 340 | 450 390 |
| Zinn Banca Straits | 44 42½ | 50 48 |
| Zinn deutsch Minim. | — | — |
| Kupfer greifb. Kath. | 17½ 16½ | 18¼ 17½ |
| Kupfer Raffinade | 15 13 | 15½ 14½ |
| Kupfer Wirebars | 17½ 16½ | 19½ 18 |
| Quecksilber . . | 72 65 | 73 70 |
| Antimon . . | 8 6 | 8½ 7 |
| Nickel | — | — |
| Aluminium . . | — | — |
| Elektrolyt | 1700 | 1875 |

**Berlin**, Februar. (Drahtbericht.)

| | 31 | 1 |
|---|---|---|
| Raffinade Kupfer | 1375 14 0 | 1525 1575 |
| Original-Hütten-weichblei | 440 460 | 525 |
| Original-Hütten-Rohzink Freiwert | 530 540 | 580 600 |
| Remelted Plattzk. | 360 370 | 390 400 |

| | 31 | 1. |
|---|---|---|
| Hütten-Aluminium (geferdte Blöcke per Draht . . | 2800 2900 29 0 | 3000 3100 3050 |
| Zinn Blanca Straits | 4400 | 4800 5000 |
| Hüttenzinn | 4000 | 4300 |
| Rein Nickel | 4100 4200 | 4400 |
| Antimon Regulus | 725 | 750 775 |
| Silber . . . . | 925 940 | 1000 1020 |

**London**, Januarr. (Drahtbericht.)

| | 27 | 31 |
|---|---|---|
| Kupfer . . | 69⅝ 70½ | 67½ 68½ |
| Elektrolyt . | 77 79 | 74½ 77 |
| Zinn . | 174¾ 180⅝ | 168¾ 174¾ |
| Zink . . | 24 25 | 24¼ 25¼ |

| | 27 | 31. |
|---|---|---|
| Blei | 23¼ 23⅜ | 23½ 23⅝ |
| Quecksilber | — | — |
| Silber . | — | — |
| Gold . . | — | — |

## Deutscher Metallmarktbericht

### vom 24. bis 29. Januar

mitgeteilt von der Metall- und Rohstoff-Gesellschaft m. b. H., Berlin SW. 16, Adalbertstraße 60. Telephon: Amt Moritzplatz 15 248, 15 476, 15 477. Telegramm-Adresse: „Howohl".

Die allgemeine Warenstockung, die in fast allen Ländern herrscht und auf dem ausländischen Metallmarkt in der letzten Woche ihre Wirkung nicht verfehlte, macht sich auch für unseren Markt immer stärker bemerkbar. Wir hatten in der letzten Woche außerdem eine Reihe ungünstiger Momente, die die Metallpreise beeinflußten, allem voran das stärkere Anziehen der deutschen Mark, fernerhin die Festsetzung über die Kriegsentschädigung, die in Aussicht stehende Erhöhung der Post- und Telegraphen-Gebühren und der Frachten. Alle diese Momente mahnen natürlich die Spekulation zu äußerster Vorsicht, und nachdem auch der Konsum nur den notwendigsten Tagesbedarf deckt, mußten die Preise erheblich zurückgehen. Das Angebot war außerordentlich stark, gewisse Artikel waren in größeren Posten überhaupt nicht unterzubringen. Die Aussicht über die weitere Marktentwicklung bleibt ungewiß und dürften die Preise erst dann wieder festen Fuß fassen, wenn unsere Mark stabilisiert ist, die Auslandsnotierungen nicht mehr diesen heftigen Schwankungen unterworfen sind und der Konsum mit Käufen eingreift.

Im Altmetallmarkt war auch in dieser Woche ebenso wie bei Neumetallen überaus großes Angebot zu teilweise sehr zurückgesetzten Preisen. Die Umsätze waren scheinbar nicht mehr groß, weil die Händler nur noch Material aufnehmen, welches sie einzudecken haben und der Konsum sich vollkommen vom Markt fernhält.

Die bezahlten Preise der letzten Woche waren unverbindlich wie folgt: Elektrolytkupfer wire bars 1650—1800 M., Raffinadekupfer 99 Prozent 1200—1350 M., Hüttenaluminium 98/99 Prozent 2675—2825 Mark, Reinnickel 98/99 Prozent 4000—4200 M., Zinn 99 Prozent 3700 bis 4200 M., Lötzinn 30 Prozent 1300—1550 M., Hüttenrohzink 500 bis 540 M., Remeltezink 330—360 M., Hüttenweichblei ca. 420—475 M., Hartblei je nach Qualität 400—475 M. Antimon-Regulus 675—775 M., Quecksilber 6300—7000 M., alles per 100 Kilo.

Edelmetallpreise: Platin 102—107 M., Gold 32,25—34,25 M., Silber 0,88—0,98 M. alles per Gramm.

Altmetalle, regelrecht verpackt, in geschlossenen Qualitäten, bei kleineren Posten entsprechender Abschlag: Altkupfer 1000—1150 M., Altrotguß 950—1050 M. Altmessing 450—525 M., Messingspäne 425—475 Mark, Altzink 220—260 M., neue Zinkabfälle ca. 310—340 M., Zinkunterlegierung 270—290 M. Altblei 250—270 M., neue Aluminiumabfälle 1500—1700 M., alles per 100 Kilo.

## Vom Eisenwirtschaftsbund

Zu den in der letzten Zeit aus verschiedenen Quellen veröffentlichten Mitteilungen über die Preispolitik des Eisenwirtschaftsbundes wird uns aus maßgebenden Kreisen der Stahlwerksbesitzer geschrieben, daß die entscheidende Versammlung wohl kaum vor den Wahlen, also erst im letzten Drittel des Monats Februar stattfinden wird. Es ist gewagt, heute schon über die Preisfestsetzung zu sprechen. Auf der einen Seite sind die allgemeinen Herstellungskosten, sowie die Preise für Rohmaterialien unverändert geblieben, wogegen die Löhne eine weitere Steigerung erfahren haben, auf der andern Seite hat die Abschlußtätigkeit nachgelassen, weil im Inlande die Nachfragen abnehmen, und im Ausland ein erhöhter Wettbewerb, namentlich gegen Belgien, Luxemburg und Frankreich zu verzeichnen ist. Belgien offeriert beispielsweise heute Stabeisen mit 600 Franks per Tonne ab Antwerpen. Der Ausfuhrpreis für deutsches Stabeisen nach Holland ist in der letzten Zeit erheblich zurückgegangen und beträgt heute durchschnittlich 130 Gulden pro t. Daß der Eisenwirtschaftsbund eine für alle Kreise nachteilige Einrichtung ist, hat sich nie deutlicher gezeigt, als in der Gegenwart: Die Festsetzung der Höchstpreise ist eine unmögliche Erscheinung, solange noch Angebot und Nachfrage die Marktpreise regeln. Auch die vom grünen Tisch verordnete Einrichtung von Lieferungsgemeinschaften erweist sich als überflüssig, denn der Inlandsbedarf erweist sich z. Z. erheblich niedriger als die Lieferungsmöglichkeit der Werke, und wenn die Ausfuhr von den Außenhandelsstellen eine Steigerung der Mengen bewilligt erhalten hat, so ist dieses Entgegenkommen leider verspätet, denn die Auslandsgeschäfte werden gegenwärtig vom Ausland stark umstritten. Im Inland ist seit einiger Zeit ein Stillstand in der Abschlußtätigkeit eingetreten, in der Hoffnung auf billigere Preise für Lieferungen ab 1. März. Diese Erwartung, die im Augenblick durch nichts begründet ist, hat auch dazu geführt, daß Zurückziehungen von bereits erteilten Aufträgen zunehmen, so daß die Werke zahlreiche Streichungen vornehmen mußten. Wenn man berücksichtigt, daß der Eisenwirtschaftsbund in den letzten Monaten bereits dreimal seine Preise in erheblichem Ausmaße herabgesetzt hat, so dürfte die Erwartung der Stahlwerksbesitzer nicht unberechtigt sein, wonach ein weiterer Preisabbau auch unbedingt das Zeichen zur Herabsetzung der Löhne sein müßte, weil die allgemeinen Verhältnisse auf dem Lebensmittelmarkte gegenüber dem Vorjahre günstiger geworden sind. Gegenüber dem abgeschwächten Bedarf der Privatindustrie beabsichtigt der Eisenbahnminister größere Mengen abzurufen als bisher, jedoch sind die Verhandlungen darüber noch nicht abgeschlossen. Bekanntlich wurden früher dem Staate besondere Preise von dem ehemaligen Stahlwerksverband zugestanden, welche Vorzugsstellung mit der Festsetzung der Zwangspreise durch den Eisenwirtschaftsbund fortfällt. Wer weiß, ob der Minister heute im freien Geschäft seinen

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

Bedarf nicht billiger eindecken könnte, als unter der Herrschaft des Eisenwirtschaftsbundes mit seinen Zwangspreisen? Der Eisenwirtschaftsbund kann heute keine Preispolitik, sondern nur Geschäftspolitik treiben, weil er für Arbeit sorgen muß, wenn nicht Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen zunehmen sollen. P. P.

### Weitere Preisermäßigungen

**er. Düsseldorf,** 31. Jan. (Eig. Drahtb.) Nachdem das Kölner Syndikat die Werkspreise für gewalzte und gepreßte Bleifabrikate um 60 Mark ermäßigt hat, beträgt der Preis für Stückgut 730 Mark je 100 Kilo. Im Großhandel treten bei Abnahme von 5—50 Tonnen Vorzugspreise ein, die sich zwischen 670—640 Mark herab bewegen. Im Einklang hiermit hat heute die Rheinisch-Westfälische Bleihändlervereinigung in Düsseldorf die Lagerpreise für Bleifabrikate um 85 auf 865 Mark für je 100 Kilo ermäßigt.

**bmz. Berlin,** 31. Jan. (Eig. Drahtb.) Die Verkaufsvereinigung schlesisch-posener Zinkblechhändler setzte die Zinkblechlagerpreise auf 938—23 Mark pro Doppelzentner herab.

**er. Düsseldorf,** 31. Jan. (Eig. Drahtb.) Nachdem die Vereinigten Zinkblechwalzwerke in Berlin ihre Werkpreise für Zinkbleche um 100 auf 800 Mark für je 100 Kilo ermäßigt haben, hat die Rheinisch-Westfälische Zinkblechhändlervereinigung in Düsseldorf ihre Lagerpreise für Zinkbleche um 160 auf 953—59 Mark für je 100 Kilo je nach Zone herabgesetzt.

### Vom Erzmarkt

**bmz. Berlin,** 31. Jan. (Eig. Drahtb.) Ueber die Lage am Erzmarkt wird uns berichtet, daß Erze zurzeit in Hülle und Fülle angeboten sind. Die Werke halten mit Abschlüssen außerordentlich zurück. Die Preise für ausländische Erze zeigen ebenfalls einen weiteren Rückgang der weichenden Tendenz infolge der Einschränkung der Erzeugung von Thomaseisen. Auch der Bedarf für Lothringer Minette ist geringer geworden, die daher zurzeit stark angeboten werden. Der Preis ist von etwa 16 auf 14 Franken heruntergegangen.

### Zur Aufhebung der Schrotsubmissionen

Das Recht zur Abhaltung von Submissionen seitens der einzelnen Eisenbahndirektionen ist diesen Dienststellen durch eine Verordnung des Reichsverkehrsministeriums wieder entzogen und dem Eisenbahnzentralamt die Alleinbewirtschaftung d. h. der freihändige Verkauf des alten Eisenbahnmaterials übertragen worden.

### Ermäßigung der Preise für Kupferblech

Der Kupferblech-Verband hat den Grundpreis für Kupferblech um 100 Mark auf 2415 Mark für den Doppelzentner ermäßigt.

### Preisermäßigung für Kupferrohre

**er. Düsseldorf,** 1. Febr. (Eig. Drahtb.) Der Kupferrohrverband in Köln hat seine Preise für Kupferrohre um 300 Mark herabgesetzt, so daß der heutige Preis 2697 Mark für 100 Kilo beträgt.

## Aus der Textilindustrie

### Baumwolle

**New York,** 31. Januar. (Drahtbericht)

| | 29. 1. | 31. 1. |
|---|---|---|
| New York loco | 14.75 | 14.30 |
| Januar | —.— | —.— |
| Februar | 14.37 | 13.85 |
| März | 14.52 | 14.23 |
| April | 14.60 | 14.03 |
| Mai | 14.82 | 14.50 |
| Juni | 15.00 | 14.37 |
| Juli | 15.12 | 14.83 |
| August | 15.20 | 14.33 |
| September | 15.30 | 14.67 |
| Oktober | 15.35 | 14.97 |
| November | 15.35 | 14.83 |
| Dezember | 15.42 | 14.97 |

| | 29. 1. | 28. 1. |
|---|---|---|
| Baumwollfracht: | | |
| nach Liverpool | — | — |
| „ standard | — | — |
| Zufuhren: | | |
| Atl. Häfen | 5000 | 4000 |
| Golf-Häfen | 18000 | 24000 |
| Innern | 1000 | 3000 |
| New Orleans loco | 14.25 | 14.25 |
| Januar | —.— | —.— |
| März | 14.17 | 13.69 |
| Mai | 14.37 | 13.55 |
| Juli | 14.62 | 14.09 |
| Oktober | 14.85 | 14.26 |

**Liverpool,** 31. Januar (Drahtbericht.)

Umsatz 3000 Import 7610 Tendenz stetig.

| | 28. 1. | 31. 1. |
|---|---|---|
| Amer. Fully Middl. loco | 10.79 | —.— |
| Januar | 9.18 | 9.15 |
| Februar | 9.17 | 9.32 |
| März | 9.32 | 9.39 |
| April | 9.38 | 9.52 |
| Mai | 9.50 | 9.59 |
| Juni | 9.56 | 9.62 |
| Juli | 9.66 | 9.75 |
| August | 9.70 | 9.83 |
| September | 9.73 | 9.83 |
| Oktober | 9.73 | 9.80 |
| November | 9.70 | 9.78 |
| Dezember | 9.68 | —.— |
| Aegyptische | | |
| Januar | 17.60 | —.— |
| März | 15.85 | —.— |
| Mai | 15.50 | —.— |
| Ober-Aegyptische | | |
| Februar | 21.70 | —.— |
| In Alexandria | | |
| Januar | 32.16 | —.— |
| März | 32.25 | —.— |

### Charles Macara prophezeit eine erneute Steigerung der Baumwollpreise

Charles Macara, der bekannteste Baumwollsachverständige der Welt, äußerte sich verschiedenen Pressevertretern gegenüber dahin, daß der Preissturz, den die Rohbaumwolle erlitten hat, keineswegs ihrem wahren augenblicklichen Wert und der Beschaffenheit der Lager der ganzen Welt entspricht, deswegen sei ein erneutes Steigen der Preise unvermeidlich und ganz sicher zu erwarten. Um aber nicht noch einmal eine Situation zu erleben, wie sie zu Anfang des Krieges eintrat, wo die Baumwolle rapide auf vier Pence pro Pfund gefallen war, um bald darauf wieder auf den übertriebenen Preis von 45 Pence pro Pfund hochzuschnellen, müßten alle daran interessierten Regierungen Lager zu vernünftigen Preisen hinlegen, die den Produzenten starke Verluste ersparen und sie zur nächsten Ernte arbeitsfähig erhalten. Diese Politik würde eine gesunde Stabilisierung der Kurse auf einem Durchschnittsniveau im Gefolge haben und der ganzen Welt eine Wiederholung der Baumwollhungersnot ersparen.

### Herabsetzung der Preise für südfranzösische Seidenerzeugnisse

**Paris,** 31. Januar. Der Verband der südfranzösischen Seidenindustriellen hat eine allgemeine und sofortige Preisermäßigung von 40 Prozent beschlossen.

### Die neue Spitzenorganisation des Textil-Einzelhandels

In der Mitgliederversammlung des Reichsbundes des Textil-Einzelhandels wurden, wie die „Textil-Woche" meldet, folgende Herren in den engeren Vorstand gewählt: Rudolf Hertzog, Berlin (1. Vorsitzender), Jakob Astor, Berncastel (1. stellv. Vors.), Oskar Tietz i. Fa. Hermann Tietz, Berlin (2. stellv. Vors.) und Hermann Behn i. Fa. Herm. Behn u. Co., Lübeck (Schatzmeister).

### Zusammenschluß von Konfektionsfirmen

In Leipzig ist der Zusammenschluß einer Reihe angesehener Konfektionsfirmen Deutschlands vollzogen worden. Es handelt sich dabei um die Ueberleitung der vorher bereits bestandenen losen Vereinigung der in Frage kommenden Firmen in eine festere, rein geschäftliche Form mit juristischem Charakter. Die Vereinigung firmiert Betriebsgemeinschaft erster Konfektionshäuser m. b. H. Die Vereinigung erstrebt im wesentlichen die Geschäftsführung der Gesellschafter in eine einheitliche Form zu bringen, um damit die Leistungen und die Wettbewerbsfähigkeit noch mehr zu erhöhen. Sitz der Vereinigung ist Leipzig. Zu Geschäftsführern wurden bestellt: Dr. Hermann Beckmann und Bernhard Eidmann, beide in Leipzig."

## Landwirtschaft

### Viehpreise in der Zeit vom 23. bis 28. Januar

Uebersicht über die an den Hauptmarktorten Deutschlands in der letzten Woche gezahlten Fettviehpreise. Die Preise sind in Mark für 50 Kilo Lebendgewicht bzw. Schlachtgewicht angegeben. Die erste Zahl bezeichnet den niedrigsten, die zweite den höchsten für die betreffende Viehgattung gezahlten Preis.

| | Rindvieh Großvieh | Rindvieh Kälber | Hammel, Schafe u. Lämmer | Schweine |
|---|---|---|---|---|
| Aachen | 500—830 | 600—950 | 700—800 | 1300—1500 |
| Berlin | 350—790 | 600—1100 | 500—750 | 1050—1425 |
| Bremen | 400—900 | 700—1100 | 550—750 | 900—1400 |
| Breslau | 450—850 | 700—1000 | 400—775 | 1000—1475 |
| Chemnitz | 300—900 | 700—1000 | 550—850 | 900—1500 |
| Köln a. Rh. | 500—1000 | 750—1450 | —700 | 1000—1550 |
| Dortmund | 400—950 | 500—1050 | 400—700 | 1100—1400 |
| Dresden | 350—800 | 600—900 | 300—800 | 900—1400 |
| Elberfeld | 350—1000 | 650—1050 | 600—700 | 1050—1400 |
| Essen | 550—1000 | 650—1350 | 450—750 | 1000—1450 |
| Frankfurt a. M. | 450—1000 | 650—1050 | 550—800 | 1000—1500 |
| Hamburg | 300—880 | 500—1050 | 450—790 | 800—1350 |
| Hannover | 400—900 | 700—1000 | 400—600 | 750—1200 |
| Husum | 600—800 | — | 500—650 | 1000—1150 |
| Leipzig | 400—950 | 700—1050 | 500—800 | 1250—1650 |
| Magdeburg | 400—850 | 600—1100 | 500—725 | 1000—1500 |
| Mainz | 350—950 | 800—900 | — | 1400—1550 |
| Mannheim | 400—1000 | 800—1100 | 450—650 | 1200—1600 |
| München | 360—820 | 750—1100 | 700—1100 (Schl.) | 800—1600 |
| Nürnberg | 350—830 | 600—900 | 800—1100 (Schl.) | 1200—1700 |
| Zwickau | 500—950 | — | 850—950 | 1100—1650 |

### Wochenbericht der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrates

**Berlin,** 29. Januar. In Deutschland hat die Ermäßigung der Preise für Bodenfrüchte und Futterstoffe aller Art weiter scharf um sich gegriffen. Für Mais bildeten die Vorgänge auf den Devisenmärkten mit ihren täglichen Rückgängen die Hauptursache dafür, so daß Lieferung Februar-März erneut um etwa 15 Mark für den Zentner nachließ. Demgegenüber war schnell lieferbare Ware vergleichsweise fest, da fortdauernd danach Begehr, besonders von Brennern, im Markt war, die damit das Stilliegen ihrer Betriebe vermeiden wollten. Für Hülsenfrüchte hat sich das traurige Geschäft in keiner Weise gebessert. Die Geldverluste der Gemeinden an der aus dem Vorjahr übriggebliebenen Einfuhrware sind riesenhaft.

### Forderung auf Wiederherstellung des Bankgeheimnisses

**bmz. Berlin,** 31. Jan. (Eig. Drahtber.) In einer Eingabe an den finanzpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates bittet der Hansabund dafür einzutreten, daß das Bankgeheimnis wieder hergestellt wird. Die Aufhebung des Bankgeheimnisses habe in verhängnisvoller Weise die Aufspeicherung in inländischen Bargeldern gefördert.

### Der Großhandel im Jahre 1920

Der Zentralverband des Deutschen Großhandels versendet seinen Geschäftsbericht über das Geschäftsjahr 1919 bis Oktober 1920. Der Geschäftsbericht gibt ein Bild über die Entwicklung der Organisation, die mit ihrem Mitgliederbestand von 512 Großhandelsfachverbänden, 14 Handelskammern und 7000 Einzelmitgliedern, als die geschlossene Berufsvertretung des gesamten deutschen Großhandels angesprochen werden muß.

Der Zentralverband des Deutschen Großhandels hat Bezirksgruppen in Aachen, Breslau, Bremen, Kassel, Chemnitz, Dresden, Düsseldorf Elberfeld, Essen, Frankfurt a. M., Halle, Hamburg, Hannover, Köln, Magdeburg, Mannheim, München, München-Gladbach, Nürnberg, Posen und Stuttgart, die mit der Wahrnehmung der Interessen des Großhandels in den einzelnen Bezirken und in den einzelnen Ländern betraut sind. Im einzelnen werden im Geschäftsbericht die Aktionen des Großhandels zur Wahrnehmung seiner Interessen ausgeführt und die vielseitige Tätigkeit des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels beleuchtet.

### Ein Protest rheinisch-westfälischer Zechen gegen den Fiskus

**bmz. Berlin,** 1. Febr. (Eig. Drahtb.) Vor einiger Zeit ist den rheinisch-westfälischen Zechen durch einen als verbindlich erklärten Schiedsspruch eine namhafte Lohnerhöhung ohne gleichzeitige Preiserhöhung auferlegt worden. Da nach mehreren Gerichtsentscheidungen höherer Instanzen die rechtliche Zulässigkeit dieser Verbindlichkeitserklärung in Zweifel zu ziehen ist, haben verschiedene Zechen gegen den Fiskus Klage angestrengt auf Feststellung, daß der Schiedsspruch rechtlich unzulässig ist. Im Falle eines obsiegenden Urteils wird eine weitere Klage auf Schadenersatz folgen.

### Frühjahrsmesse in Breslau

**Breslau,** 29. Januar. In Breslau findet vom 5. bis 8. April wiederum eine Frühjahrsmesse, und vom 2. bis 5. Juni ein Maschinenmarkt, verbunden mit technischer Messe, statt.

## Wirtschaftliche Mitteilungen

* **Deutsche Bank.** Wie in früheren Jahren veröffentlicht die Deutsche Bank wieder „graphische Tabellen über die Preisentwicklung wichtiger Rohstoffe" in den Jahren 1918 bis 1920. Die Tabellen beziehen sich auf Baumwolle, Blei, Gummi, Jute, Kaffee, Kupfer, Mais, Petroleum, Schmalz, Silber, Weizen, Zink, Zinn. Neben den Kurven wird eine Zusammenstellung der höchsten, niedrigsten und letzten Preise eines jeden Monats und der letzten drei Jahre gegeben.

Die Tabellen für Baumwolle (Bremen), Elektrolytkupfer, Jute, Mais (Berlin), Weizen beginnen erst mit dem Termin, von dem an amtliche Notierungen vorliegen.

**bmz. Friedr. Krupp A.-G., Essen,** 1. Febr. (Eig. Drahtb.) Die Gesellschaft beteiligt sich nach dem „Fränkischen Kurier" an dem Bezug der jungen Aktien der Faunwerke A.-G., Ansbach, die ihr Kapital von 6 auf 10 Millionen Mark erhöhen.

* **Bezugsrecht.** Maschinenfabrik Baum, A.-G. in Herne i. W., auf 3 Mill. Mark im Verhältnis von zwei neuen auf drei alten Aktien zu 120 Prozent bis zum 19. Februar 1921.

* **Arenbergsche A.-G. für Bergbau- und Hüttenbetrieb,** Nunmehr wird eine ao. H.-V. zum 25. Februar d. J. einberufen, die über den Abschluß des Interessengemeinschaftsvertrages mit den Rheinischen Stahlwerken Beschluß fassen soll.

da. **Koch-Adler-Nähmaschinenwerke-A.-G. in Bielefeld.** (Eig. Drahtb.) Die Verwaltung beantragt eine Kapitalerhöhung um 2,2 auf 4 Mill. M.

bmz. **Riebeckche Montanwerke A.-G. Berlin,** 31. Jan. (Eig. Drahtb.) Die Verwaltung schloß einen Interessengemeinschaftsvertrag mit der Mineralölfabrik und Oelgroßhandel Eduard Müller in Halle, wovon sie sich einen entscheidenden Einfluß auf die in Paraffinöl führende Firma erhofft.

da. **Mix und Genest, Telegraphen- und Telephon-A.-G. in Berlin.** (Eig. Drahtb.) Wie wir hören, ist der Geschäftsgang im verflossenen Geschäftsjahr sehr günstig gewesen. Die Höhe der Dividende wird auf 20—25 v. H. gegen 7 v. H. im Vorjahre geschätzt.

## Volkswirtschaftliche Literatur

**Steuerersparung, Steuerumgehung, Steuerhinterziehung.** Ein Beitrag zum Recht der Reichsabgabenordnung von Dr. Rich. Rosendorff, Rechtsanwalt u. Notar zu Berlin. 2. Aufl. (6.—15. Tausend). Preis 4.— Mark. Industrieverlag Spaeth u. Linde, Berlin 62.

Die Reichsabgabenordnung hat in ihren Bestimmungen eine Legaldefinition des Begriffes der „Steuerumgehung" aufgenommen. In der Praxis werden sich jedoch bei der Abgrenzung, wann Steuerersparung und wann Steuerumgehung oder Steuerhinterziehung vorliegt, infolge der stark verklausulierten und kautschukmäßigen Bestimmungen der Abgabenordnung häufig Schwierigkeiten ergeben. Die vorliegende Schrift stellt nun einen ersten Ansatz dar, die Schwierigkeiten dieser Abgrenzungen zu beheben, indem sie es sich zur Aufgabe macht, darzulegen, wann auch jetzt noch die Wahl von mehreren Wegen der rechtlichen Gestaltung eines Geschäfts den Steuerpflichtigen zur Vermeidung steuerlicher Lasten freisteht, gemäß dem Grundsatz, daß es niemandem verwehrt ist, sich so einzurichten, daß er möglichst wenig Steuern zu entrichten braucht. — Aus dem Inhalt sei hier erwähnt: Steuerumgehung als strafbare Steuerhinterziehung. — Die Absicht der Steuerumgehung. — Ungewöhnliche Rechtsformen. — Die Fusion Patzenhofer-Schultheiß. — Der Zusammenschluß Deutsch-Luxemburg—Gelsenkirchen. — Gratisaktien. — Steuerersparung nach geltendem Recht. — Der „Mitropa-Fall". — Folgen der Steuerumgehung. — Strafbare Steuerhinterziehung. — Straflosigkeit bei unverschuldetem Irrtum.

## Von den Börsen

### Die Berliner Börse ist heute geschlossen.

### Abschwächung der Mark

**er. Düsseldorf,** 1. Febr. (Eig. Drahtb.) Die am Wochenanfang begonnene Aufwärtsbewegung für ausländische Zahlungsmittel hat heute einen stärkeren Umfang angenommen. Heute vormittag kam aus Basel die Tendenz für die deutsche Mark sehr schwach mit 9.70—9.85. Die Frankfurter Vormittagskurse wiesen daraufhin schon erhebliche Steigerungen auf. Der Gulden wurde auf 2150 getrieben. In Düsseldorf notierten Holland 2200, Frankreich 445, Belgien 465, England 248, Dollar 66, Schweiz 1130.

**Essen,** 31. Januar. (Eig. Drahtber.)

| Steinkohle. | Nachfr. | Angebot |
|---|---|---|
| Adler | 31000 | 34000 |
| Alte Haase | — | 15000 |
| Blankenburg | 19200 | 20000 |
| Caroline | 20000 | 21000 |
| Carolus Magnus | 23000 | 25000 |
| Constantin d. Große | 23000 | 250000 |
| Ewald | 180000 | 185000 |
| Friedrich der Große | — | — |
| Fröhl. Morgensonne | 70000 | 72000 |
| Gottessegen | 20 00 | 21000 |
| Graf Bismarck | 166000 | 180000 |
| Graf Schwerin | 101000 | 105000 |
| Heinrich | — | 29500 |
| Helene Amalie | 120750 | 122000 |
| Johann Deimelsberg | 32000 | — |
| König Ludwig | 19300 | 207000 |
| Langenbrahm | 46000 | 48000 |
| Lothringen | 260000 | — |
| **Braunkohle.** | | |
| Bruckdorf-Nietleben | 34000 | 37000 |
| Bernhardshall | — | — |
| Orange | — | — |

| Kali. | Nachfr. | |
|---|---|---|
| Alexandershall | 68000 | 70500 |
| Beienrode | — | 47000 |
| Burbach | 62000 | 67000 |
| Carlsfund | — | 25800 |
| Desdemona | 22000 | — |
| Glückauf b. Sondersh. | 66500 | 67500 |
| Hohenfels | 28000 | — |
| Johannashall | 18000 | 19800 |
| Kaiseroda | 60500 | — |
| Neustaßfurt | 69000 | 71000 |
| Siegfried I | — | — |
| Walbeck | 24000 | 25000 |
| Wilhelmshall | 265000 | 280000 |
| **Aktiengesellschaften.** | | |
| Deutsche Kali-Aktien | — | — |
| Köln-Neuessen. Bergwerk-Verein A.-G. | — | — |
| Koddergrube Braunk.- und Brikettwerke | — | — |
| Brauhaus Essen | — | — |
| Goldschmidt | — | — |
| Styrumer Eisen | — | — |
| Uerdinger Waggon | 365 | 380 |

† **Düsseldorf,** 1. Februar. (Eig. Drahtber.)

| Steinkohlen. | Nachfr. | Angebot |
|---|---|---|
| Adler | 33500 | — |
| Alte Haaje | 14400 | 15500 |
| Blankenburg | 19200 | 20300 |
| Caroline | 21000 | 22500 |
| Carolus Magnus | 25000 | 26000 |
| Constantin d. Große | 235000 | 265000 |
| Ewald | 182000 | 198000 |
| Fröhl. Morgensonne | 71000 | 73000 |
| Gottessegen | 21000 | 23000 |
| Graf Bismarck | 180000 | 190000 |
| Graf Schwerin | 101500 | 108000 |
| Heinrich | 27500 | 29000 |
| Helene & Amalie | 121500 | 124000 |
| Johann Deimelsb | 34500 | 36000 |
| König Ludwig | 195000 | 204000 |
| Langenbrahm | 48000 | 50000 |
| Lothringen | 650 0 | 300000 |
| ver. Trappe | 15900 | 16300 |
| **Braunkohlen.** | | |
| Bruckdorf-Nietleben | 35500 | 38000 |

| Kaliwerte. | Nachfr. | Angebot |
|---|---|---|
| Beienrode | — | 47000 |
| Burbach | 62500 | 67000 |
| Carlsfund | 25000 | 27500 |
| Deutsche Kali | — | — |
| Glückauf b. Sondersh. | 69000 | 72000 |
| Hansa Silberberg | 22000 | 24000 |
| Kaiseroda | 61000 | 67000 |
| Neustaßfurt | 71000 | 75000 |
| Siegfried I | 20000 | 23000 |
| Walbeck | 24000 | 25500 |
| Wilhelmshall | — | — |
| **Dampfschiffahrt** | | |
| für Nieder- und Mittelrhein | — | — |
| Düsseldorfer Allgem. Transp.-Versicherung | — | — |
| Feuer-Vers. Rheinland | — | — |
| Niederrh. Dampfschiff. | — | — |
| Niederrheinische Güter-Assekuranz | — | — |
| Waggonfabr. Uerdingen | — | — |

## Amtliche Berliner Devisenkurse

| Für drahtliche Auszahlungen | 31. Januar Geld Mk. | 31. Januar Brief Mk. | 1. Februar Geld Mk. | 1. Februar Brief Mk. | Bisheriger Höchstkurs | Friedenskurs |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Holland 100 Gulden | 201.95 | 2017.05 | 2247.75 | 2252.25 | 4196.00 (27.1.20) | 168.40 |
| Brüssel-Ant. 100 Fl. | 449.55 | 450.45 | 476.50 | 477.50 | 739.25 (14.2.20) | 81.20 |
| Norwegen 100 Kr. | 1093.90 | 1096.10 | 1243.75 | 1246.25 | 1725.25 (17.2.20) | 112.00 |
| Dänemark 100 Kr. | 1156.30 | 1158.70 | 1293.70 | 1296.30 | 1698.50 (27.1.20) | 112.00 |
| Schweden 100 Kr. | 1321.15 | 1323.85 | 1463.50 | 1466.50 | 1998.00 (4. 3.20) | 112.00 |
| Finnland 100 fin. M. | 203.75 | 204.25 | 222.75 | 223.25 | 464.50 (4. 3.20) | 81.00 |
| Italien 100 Lire | 224.75 | 225.25 | 242.25 | 242.75 | 549.50 (14.2.20) | 81.53 |
| London 1 Pfd. Stlg. | 232.25 | 232.75 | 244.70 | 245.30 | 350.65 (4. 3.20) | 20.00 |
| New York 1 Dollar | 60.43 | 60.57 | 66.93 | 67.07 | 102.90 (7. 1.20) | 4.70 |
| Paris 100 Frk. | —.— | —.— | 453 | 454.— | 709.30 (20.2.20) | 81.00 |
| Schweiz 100 Frk. | —.— | —.— | 1071.40 | 1073.60 | 1798.00 (27.1.20) | 85.50 |
| Spanien 100 Pes. | —.— | —.— | 929.05 | 930.95 | 1848.00 (27.1.20) | 81.50 |
| Österreich 100 Kr. | —.— | —.— | —.— | —.— | 40.96 (17.2.20) | |
| abgst. 100 Kr. | 16.98 | 17.02 | 16.98 | 17.02 | 39.75 (10.11.19) | |
| Prag 100 Kr. | 76.90 | 77.10 | 79.90 | 80.10 | 100.85 (4. 3.20) | |
| Budapest 100 Kr. | 10.98 | 11.02 | 1110.50 | 11.14½ | —.— | — |

**Köln,** 1. Februar. (Eig. Drahtbericht).

Im Frühverkehr wurden gehandelt:

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Engländer mit | 241 | 252 | Schweizer mit | 1000—1070 |
| Franzosen „ | 435 | 452 | Amerikaner „ | 63—65 |
| Belgier „ | 452 | 470 | Rumänen „ | — |
| Holländer „ | 2150 | 2225 | | |

| Wien, | 27. 1. | 28. 1. |
|---|---|---|
| Berlin | 1058,00 | 1092 00 |
| Amsterdam | 197,50 | 209 50 |
| Zürich | 93,25 | 98 75 |
| Kopenhagen | 118,00 | 113,75 |

| Prag, | 27. 1 | 28 1. |
|---|---|---|
| Berlin | 127,25 | 127,25 |
| Marknote | 127,25 | 127,25 |

| Amsterdam, | 29. 1. | 31 1. |
|---|---|---|
| London | 11,40½ | 11,38 |
| Berlin | 5,22½ | 4,80 |
| Paris | 20 77½ | 20,75 |
| Schweiz | 47,40 | 47,25 |
| Wien | 0,92½ | 0 77½ |
| Kopenhagen | 56 25 | 55 25 |

| Kopenhagen, | 29. 1 | 31 1 |
|---|---|---|
| Stockholm | — | 112,75 |
| Christiania | — | 96,00 |
| Hamburg | 9 50 | 9 00 |
| London | 20 15 | 19,70 |
| Paris | 36,00 | 37,50 |
| Antwerpen | 38,75 | 39,00 |
| Schweiz | 82,50 | 82,25 |
| Amsterdam | 177,00 | 174 50 |
| Helsingfors | 18,50 | 18,50 |
| New York | 518,00 | 509,00 |

| | 27 1. | 28 1. |
|---|---|---|
| Stockholm | 129,50 | —,— |
| Christiania | —,— | —,— |
| London | 22 57½ | 24,00 |
| Marknoten | 1056,50 | 1091,00 |

| | 27. 1 | 28 1 |
|---|---|---|
| Wien | 11,87½ | 11,80 |

| | 29 1 | 31. 1. |
|---|---|---|
| Stockholm | 64 95 | 65,00 |
| Christiania | 54,50 | 55,25 |
| New York | 294 50 | 294 00 |
| Brüssel | 21,77½ | 21,75 |
| Madrid | — | 41,20 |
| Italien | — | 10,95 |

| Stockholm, | 29 1. | 31. 1. |
|---|---|---|
| London | 17,50 | 17 53 |
| Berlin | 8,00 | 7,20 |
| Paris | 32,50 | 35,50 |
| Brüssel | 34,50 | 35,50 |
| Schweiz | 72,25 | 62,50 |
| Amsterdam | 154,00 | 154 00 |
| Kopenhagen | — | 89,00 |
| Christiania | — | 85,00 |
| Washington | 450,00 | 454.00 |
| Helsingfors | 15,75 | 15,95 |

ep **Zürich,** 1. Februar. (Drahtbericht).

| | 31. 1. | 1. 2. | | 31. 1. | 1. 2. |
|---|---|---|---|---|---|
| Holland | 212.50 | 212.00 | Italien | 23.45 | 23.00 |
| Deutschland | 10.75 | 9.90 | Brüssel | 47,75 | 46.25 |
| Wien | 1.85 | 1.95 | Budapest | 1.35 | 1,25 |
| Prag | 9 00 | 8.50 | Neuyork | 6.25 | 6.30 |
| Paris | 45.75 | 44.00 | Bukarest | 9.50 | 9.00 |
| London | 24.24 | 24.06 | Agram | — | — |

### Frankfurter Mittagsbörse

ep. **Frankfurt,** 1. Febr. (Eig. Drahtb.) Der scharfe Rückgang der Reichsmark im Auslande, der teils die Auswirkung starker Inlandsdevisenkäufe, teils aber auch die Folge ausländischer Markverkäufe darstellt, die sich mit den niederschmetternden Reparationsvorschlägen der Verbandsmächte einstellten, läßt wieder alle Anzeichen der Markflucht aufkommen und bewirkt neben starken Devisen- und Notenaufkäufen auch die Anpassung der ausländischen Effekten- und Aktienkurse an die Valutaentwertung. Die Börse ist daher auf allen Märkten ausgesprochen fest. Von ausländischen Werten waren daher Goldamerikaner 655 plus 26, Tehuantepec 436 plus 6, Baltimore 480 plus 22. Auch der deutsche Aktienmarkt zeigte auf allen Gebieten scharfe Kursbesserungen, so Phönix 607 plus 24, Mannesmann 9 plus 6, Waldhof 474½ plus 7 Griesheim 412 plus 7, Anilin 540 plus 9. Devisen im Augenblick Holländer 2200 Schweizer 1020, Kabel 66 Dollarnoten 65½.